

Schäfer, Holger; Schmidt, Jörg

Research Report

Der Niedriglohnsektor in Deutschland: Entwicklung, Struktur und individuelle Erwerbsverläufe

IW-Analysen, No. 77

Provided in Cooperation with:

German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Schäfer, Holger; Schmidt, Jörg (2012) : Der Niedriglohnsektor in Deutschland: Entwicklung, Struktur und individuelle Erwerbsverläufe, IW-Analysen, No. 77, ISBN 978-3-602-45506-5, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/181838>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Holger Schäfer / Jörg Schmidt

Der Niedriglohnsektor in Deutschland

Entwicklung, Struktur und individuelle
Erwerbsverläufe

Holger Schäfer / Jörg Schmidt

Der Niedriglohnsektor in Deutschland

Entwicklung, Struktur und individuelle
Erwerbsverläufe

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://www.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-602-14888-2 (Druckausgabe)

ISBN 978-3-602-45506-5 (E-Book|PDF)

Diese Analyse basiert auf einem Gutachten im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM).

Herausgegeben vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Grafik: Dorothe Harren

© 2012 Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH

Postfach 10 18 63, 50458 Köln

Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln

Telefon: 0221 4981-452

Fax: 0221 4981-445

iwmedien@iwkoeln.de

www.iwmedien.de

Druck: Hundt Druck GmbH, Köln

Inhalt

1	Einleitung	4
2	Datenquelle, Definitionen und Abgrenzungen	6
3	Entwicklung und Struktur des Niedriglohnsektors	10
3.1	Der Niedriglohnsektor im Zeitablauf	10
3.2	Merkmale von Niedriglohnbeschäftigten	13
3.2.1	Erwerbsform	13
3.2.2	Branche	14
3.2.3	Beruf, Qualifikation und Betriebszugehörigkeitsdauer	15
3.2.4	Persönliche Merkmale und Haushaltskontext	18
3.2.5	Einkommen und Armutsinzidenz	22
3.2.6	Subjektive Einschätzung der Beschäftigungsverhältnisse durch Arbeitnehmer	24
4	Mobilitätsverläufe im Niedriglohnsektor	27
4.1	Eintritte und Übergänge in den Niedriglohnsektor	29
4.1.1	Persönliche Charakteristika der Eintritte	29
4.1.2	Lohnstatus	30
4.1.3	Armutsinzidenz	35
4.1.4	Zufriedenheit	37
4.2	Austritte und Übergänge aus dem Niedriglohnsektor	41
4.2.1	Persönliche Charakteristika der Austritte	41
4.2.2	Lohnstatus	42
4.2.3	Armutsinzidenz	47
4.2.4	Zufriedenheit	50
5	Zusammenfassung	53
	Anmerkungen	57
	Literatur	59
	Kurzdarstellung / Abstract	61
	Die Autoren	62

1

Einleitung

Der Arbeitsmarkt in Deutschland hat seit dem Jahr 2005 einen kaum für möglich gehaltenen Aufschwung genommen. Während damals die Anzahl der Arbeitslosen in einzelnen Monaten über die 5-Millionen-Grenze stieg und sich Diskussionen darüber entwickelten, wann die 6-Millionen-Marke erreicht werde, reichten drei Jahre mit moderat gutem Wachstum, um das Bild gründlich zu ändern. Die Zahl der Arbeitslosen sank bis zum Jahr 2008 auf 3,3 Millionen. Damit konnte erstmals seit Jahrzehnten das Hysterese-Muster aufgebrochen werden, das bis dahin den Arbeitsmarkt in Deutschland gekennzeichnet hatte: In jeder konjunkturellen Krise stieg die Arbeitslosigkeit stark an, ohne jedoch in dem darauffolgenden Aufschwung auf das Ausgangsniveau zurückzufallen. Somit wurde der konjunkturunabhängig bestehende Sockel an Arbeitslosen immer größer. Im Aufschwung in den Jahren von 2006 bis 2008 änderte sich dies. Nicht einmal die sich anschließende schwerste Konjunkturkrise seit Bestehen der Bundesrepublik konnte an dem sich nun formierenden positiven Trend etwas ändern.

Was vor zehn Jahren – wenn auch zu Unrecht – noch vollkommen utopisch erschien, rückt nunmehr in den Bereich des Möglichen: die Herstellung von Vollbeschäftigung. Die Erwartung, Vollbeschäftigung würde sich in den kommenden Jahren ohne weiteres Zutun von selbst einstellen, erscheint indes übertrieben optimistisch. Dies zeigt ein Blick auf den verbleibenden Arbeitslosenbestand. Von den rund 3,1 Millionen Arbeitslosen im April 2011 waren nur rund 900.000 dem Rechtskreis des Dritten Buchs Sozialgesetzbuch (SGB III) zuzuordnen, bezogen also in der Regel Arbeitslosengeld I. Demgegenüber waren rund 2,2 Millionen Arbeitslose Empfänger von Arbeitslosengeld II und damit dem Rechtskreis SGB II zugehörig. Hinzu kamen rund 2,5 Millionen Transferempfänger, die nicht als arbeitslos registriert waren. Die SGB-II-Arbeitslosen sind viel schwerer in den Arbeitsmarkt zu integrieren als die SGB-III-Arbeitslosen, weil sie erheblich häufiger Vermittlungshemmnisse aufweisen. Über die Hälfte der Arbeitslosengeld-II-Empfänger hat keine abgeschlossene Berufsausbildung. Fast jeder Fünfte hat nicht einmal einen Hauptschulabschluss. Bei den Arbeitslosengeld-I-Empfängern liegen die Anteile mit 23 Prozent beziehungsweise 6 Prozent deutlich niedriger (BA, 2011, 3). Hinzu kommen ein überproportional hoher Anteil Langzeitarbeitsloser und in vielen Fällen psychosoziale Vermittlungshemmnisse wie Sucht- oder Schuldenprobleme.

Somit stellt sich die Frage, welche Beschäftigungsmöglichkeiten den Problemgruppen unter den Arbeitslosen offenstehen. Da Qualifikationsdefizite das wichtigste Integrationshemmnis darstellen, liegt es zunächst nahe, sie durch Maßnahmen der beruflichen Aus- und Weiterbildung zu beheben. Allerdings sind nicht alle Arbeitslosen solchen Maßnahmen zugänglich, zumal im Bereich der Qualifizierung steigende Grenzkosten zu erwarten sind. Das heißt, sollen auch die arbeitsmarkt- und bildungsfernen Arbeitslosen qualifiziert werden, ist mit stark erhöhten Kosten zu rechnen. Im Ergebnis muss der Arbeitsmarkt auch Geringqualifizierten eine Chance eröffnen. Für Arbeitnehmer mit niedriger Qualifikation bieten sich überwiegend nur einfache Tätigkeiten an. Da diese wenig zur Wertschöpfung der Betriebe beitragen und sich die Beschäftigten darüber hinaus der Konkurrenz durch Automation und internationale Arbeitsteilung stellen müssen, sind die Verdienstmöglichkeiten in der Regel begrenzt. Das hat zur Folge, dass ein arbeitsmarktpolitischer Erfolg, nämlich der Abbau der Arbeitslosigkeit Geringqualifizierter, zu einem Phänomen führt, das häufig davon losgelöst diskutiert wird: zur Zunahme von Beschäftigungsverhältnissen mit vergleichsweise geringen Löhnen.

Eine andere Sichtweise charakterisiert den Niedriglohnsektor eher als verteilungspolitischen Problemfall, dessen Existenz und Wachstum auf eine Reihe problematischer wirtschafts-, tarif-, sozial- und bildungspolitischer Weichenstellungen zurückgehen. Vor allem sei der Niedriglohnsektor kein Arbeitsmarktsegment besonders für Geringqualifizierte, da rund drei Viertel der Niedriglohnbeschäftigten mindestens über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügten (Bosch/Kalina, 2007, 33; Kalina/Weinkopf, 2010, 6). Dem beobachteten Anstieg der Niedriglohnbeschäftigung sei mit einem gesetzlichen Mindestlohn zu begegnen. Darüber hinaus seien atypische Beschäftigungsformen wie Zeitarbeit oder geringfügige Beschäftigung zu regulieren – offenbar mit der Zielsetzung, solche Beschäftigungsverhältnisse zu unterbinden. Denn bei ihnen seien Niedriglöhne überdurchschnittlich weit verbreitet (Bosch/Weinkopf, 2007, 308 f.). Zu konzedieren ist, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen Niedriglohnbeschäftigung voraussichtlich effektiv bekämpfen würden. Die strittige Frage lautet, ob stattdessen entsprechende Beschäftigung zu höheren Löhnen oder in stärker regulierten Beschäftigungsformen entsteht oder ob nicht dauerhaft Beschäftigungsmöglichkeiten verloren gehen.

Im Kern stehen sich somit zwei konkurrierende Forschungshypothesen gegenüber, die zu folgenden Fragestellungen führen:

- Ist ein dynamischer Niedriglohnsektor eine notwendige Bedingung für die bessere Eingliederung von arbeitsmarktpolitischen Problemgruppen und somit unerlässlich für die Herstellung von Vollbeschäftigung?
- Oder stellt der wachsende Niedriglohnsektor eine Bedrohung und ein verteilungspolitisches Problem dar und sollte daher durch geeignete Maßnahmen bekämpft werden?

Die vorliegende Expertise nähert sich einer Antwort auf diese Fragen mithilfe einer empirischen Analyse des Niedriglohnsektors. Zu Beginn folgt eine Diskussion der verwendeten Datenbasis und der zugrunde liegenden Konzepte und Definitionen (Kapitel 2). Neben der quantitativen Entwicklung der Niedriglohnbeschäftigung (Abschnitt 3.1) steht die Struktur der Niedriglohnbeschäftigten und der von ihnen ausgeübten Tätigkeiten im Vordergrund (Abschnitt 3.2). Anschließend wird untersucht, welchen Verlauf Niedriglohnbeschäftigung im individuellen Längsschnitt nimmt: Aus welchen Arbeits- und Lebensumständen kommen Niedriglohnbeschäftigte und in welche gehen sie (Kapitel 4)? In Kapitel 5 werden die wesentlichen Befunde zusammengefasst.

2 Datenquelle, Definitionen und Abgrenzungen

Die Basis der folgenden Auswertungen bildet das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) – ein Individualdatensatz, der aus einer seit dem Jahr 1984 durchgeführten Wiederholungsbefragung von rund 20.000 Personen in etwa 11.000 Haushalten generiert wird (Wagner et al., 2007). Das SOEP ist für die vorliegende Fragestellung in besonderem Maße geeignet. Erstens steht über die tätigkeitsbezogenen Merkmale hinaus eine Vielzahl von sozioökonomischen Variablen bereit, die zweitens auch im Haushaltszusammenhang betrachtet werden können. Letzteres ermöglicht es zum Beispiel, individuelle Merkmale des Beschäftigungsverhältnisses im Kontext mit Indikatoren der sozialen Lage zu untersuchen, die sich am Haushaltszusammenhang orientieren. Drittens ist das SOEP der einzige Datensatz, der in dieser Form eine Beobachtung individueller Erwerbsverläufe über die Zeit erlaubt.

Von den circa 20.800 Befragten der 26. Welle des SOEP im Jahr 2009 waren einschließlich der Personen in Ausbildung, Wehrdienst und Ähnlichem sowie der Personen ohne Haupterwerb, die aber einen Nebenerwerb ausüben, knapp 12.000 erwerbstätig. Die Summe der Hochrechnungsfaktoren ergibt

38,9 Millionen Erwerbstätige, also etwas weniger als die 40,3 Millionen Erwerbstätigen, die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) als Ergebnis der Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder ermittelt wurden (Statistisches Bundesamt, 2011). Dies ist insofern wenig überraschend, als in den VGR eine ganze Reihe von Datenquellen verarbeitet wird. In Personenbefragungen kommt es hingegen zu dem Problem, dass sich Befragte nicht selbst als erwerbstätig einstufen, zum Beispiel weil sie ihren Erwerbsstatus als „Student“ oder „Rentner“ sehen. Die offizielle Definition der Erwerbstätigkeitsschwelle ist vielen Befragten nicht bekannt. In Befragungen wird zwar versucht, durch gezielte Nachfragen auch geringfügige und unregelmäßige Erwerbstätigkeiten zu identifizieren. Doch dies gelingt nicht in jedem Fall. So ist die Erwerbstätigenzahl, die sich aus dem Mikrozensus – einer jährlichen Erhebung in 1 Prozent der bundesdeutschen Haushalte – ergibt, mit 38,7 Millionen erheblich geringer als in den VGR und auch geringer als im SOEP (Statistisches Bundesamt, 2010).

Da das Erwerbseinkommen eine sensible persönliche Information ist, machen bei weitem nicht alle Befragten dazu Angaben. Für das Jahr 2009 liegen im SOEP Antworten von hochgerechnet 33,1 Millionen Erwerbstätigen zu ihrem Bruttomonatseinkommen vor. Für weitere 5,7 Millionen Fälle wurden die Werte vom Datenproduzenten imputiert, das heißt, sie wurden aus vorhandenen Angaben wie Nettolohn, Haushaltseinkommen, Beruf, Qualifikation und Erwerbsumfang geschätzt. Insgesamt kann somit auf Lohninformationen von hochgerechnet 38,8 Millionen Personen zurückgegriffen werden. Da der Stundenlohn nicht direkt erfragt wird, muss er aus den Angaben zum Bruttomonatslohn und zur Arbeitszeit errechnet werden. Zur Anwendung kommt dabei die tatsächliche wöchentliche Arbeitszeit. Hochgerechnet 1,9 Millionen Erwerbstätige machten dazu keine Angaben, sodass im Ergebnis – einschließlich der imputierten Werte – für 36,9 Millionen Erwerbstätige Informationen zum Bruttostundenlohn vorliegen. Ungewichtet entspricht dies rund 11.000 Fällen.

Eine offizielle oder verbindliche Definition des Merkmals „Niedriglohn“ existiert nicht. Je nach Fragestellung kann jeder Forscher seine eigene Definition verwenden. Einige Autoren (Kalina/Weinkopf, 2010, 2) vertreten die Auffassung, dass eine Festlegung der Niedriglohnschwelle bei zwei Dritteln des Median-Stundenlohns üblich sei, und verweisen dabei auf Untersuchungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Tatsächlich verwendet jedoch auch die OECD ganz unterschiedlich definierte Niedriglohnschwellen. So findet sich neben der

Schwelle von zwei Dritteln des Medianlohns (OECD, 2003, 63 ff.) in derselben Veröffentlichung eine Abgrenzung, in der die der Höhe nach geordneten Löhne in drei Segmente (hoch, mittel, niedrig) aufgeteilt werden (OECD, 2003, 41). In jüngeren Untersuchungen wird der Niedriglohnsektor auch als das untere Fünftel der Lohnempfänger abgegrenzt (OECD, 2009, 200). Bei einer an Perzentilen orientierten Definition kann allerdings der Umfang des Niedriglohnsektors nicht sinnvoll interpretiert werden, da der solchermaßen definierte Anteil immer dem gewählten Perzentil entspricht. Eine weitere Definitionsmöglichkeit besteht darin, den Lohn zu bestimmen, der erforderlich ist, um ausschließlich mit Erwerbseinkommen das durch die soziale Grundsicherung determinierte Existenzminimum zu bestreiten. Da in der vorliegenden Untersuchung vor allem Ursachen und Folgen der Entwicklung der Lohnspreizung im Vordergrund stehen, erscheint eine Abgrenzung anhand eines am Median orientierten Schwellenwerts sinnvoll. Bei welchem Prozentwert die Schwelle festgelegt wird, ist willkürlich (Eichhorst et al., 2005, 111). Eine Grenze von 70 Prozent ist genauso gut oder schlecht zu rechtfertigen wie Grenzen von 67 oder 50 Prozent. Um eine Vergleichbarkeit mit anderen Studien zu erleichtern, wird im Folgenden auf den häufig verwendeten Schwellenwert von zwei Dritteln des Medians des Bruttostundenlohns recurriert.

Auch wenn für 36,9 Millionen Erwerbstätige Informationen zum Bruttostundenlohn vorliegen, ist es nicht sinnvoll, für die Abgrenzung eines Niedriglohnsektors alle zu berücksichtigen. Selbstständige verfügen über ein hohes Maß an Autonomie hinsichtlich der zeitlichen Gestaltung ihres Arbeitseinsatzes. Für sie können zwar Bruttoeinnahmen je gearbeitete Stunde errechnet werden, aber diese Angaben sind nicht mit einem Bruttostundenlohn abhängig Erwerbstätiger vergleichbar. Selbstständige werden daher aus der Analyse ausgeschlossen. Ebenso unberücksichtigt bleiben Auszubildende. Die Ausbildungsvergütung ist mit einem regulären Lohn nicht gleichzusetzen, da bei der Bemessung ihrer Höhe die Ausbildungskosten einfließen. Mit dem Ausschluss von Auszubildenden verbleiben als Grundgesamtheit Erwerbstätige mit dem Erwerbsstatus „Vollzeit“, „Teilzeit“ sowie „geringfügige oder unregelmäßige Beschäftigung“. Zu Letzteren zählen auch Personen, die sich eigentlich nicht als erwerbstätig einstufen (zum Beispiel Rentner), aber einen Nebenerwerb in geringfügigem Umfang oder unregelmäßig ausüben.

Hochgerechnet stehen damit knapp 32 Millionen Beschäftigte als Analysebasis zur Verfügung. Ungewichtet entspricht dies knapp 10.000 Fällen. Dabei kommt zusätzlich ein Filter zum Einsatz, der Fälle mit einem Stundenlohn von 2 Euro und weniger aus der Analyse ausschließt. Dies ist erforderlich,

da Befragte zum Teil unplausible Angaben zu ihrem Monatseinkommen oder ihrer wöchentlichen Arbeitszeit machen. Erst auf dieser eingeschränkten Analysebasis werden der Median des Stundenlohns berechnet, davon die Niedriglohngrenze abgeleitet und Erwerbstätige dementsprechend klassifiziert. Selbstständige, Auszubildende und Personen, bei denen kein Stundenlohn berechnet werden konnte, sind für einige Auswertungen zu der Kategorie „Sonstige Erwerbstätige“ zusammengefasst worden. Sie repräsentieren neben den Niedriglohnbeschäftigten und den Beschäftigten mit höheren Löhnen die Erwerbstätigen, denen im Kontext der Fragestellung kein sinnvoller Stundenlohn zugeordnet werden konnte. Damit wird die Abgrenzung des Niedriglohnssektors mit Informationen zum Erwerbsstatus im sogenannten Lohnstatus zusammengefasst, der die folgenden Ausprägungen unterscheidet:

- Normalverdiener (mit Bruttostundenlöhnen oberhalb der Geringverdienergrenze),
- Geringverdiener (die den Niedriglohnsektor kennzeichnen),
- Sonstige Erwerbstätige (Selbstständige, Auszubildende, Personen ohne zu ermittelnden Stundenlohn und Personen mit unplausiblen Stundenlöhnen von bis zu 2 Euro),
- Schüler und Studenten sowie weitere Personen in verschiedenen Formen der Aus- und Weiterbildung,
- Rentner,
- Nichterwerbstätige und
- Arbeitslose.

Ausgewertet wird in den meisten Betrachtungen das aktuellste zur Verfügung stehende Jahr 2009. Dort, wo Zeitreihen oder Mobilitätsverläufe untersucht werden, erstreckt sich der Beobachtungszeitraum auf die Jahre 1994 bis 2009. Zwar stellt das SOEP Daten ab 1984 bereit, doch würde eine entsprechende Erweiterung des Beobachtungszeitraums den statistischen Bruch durch die Wiedervereinigung außer Acht lassen. Die Nichtberücksichtigung der ersten Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands gewährleistet, dass aufgrund des Transformationsprozesses entstandene Strukturbrüche nicht fehlinterpretiert werden.

3

Entwicklung und Struktur des Niedriglohnssektors

3.1 Der Niedriglohnssektor im Zeitablauf

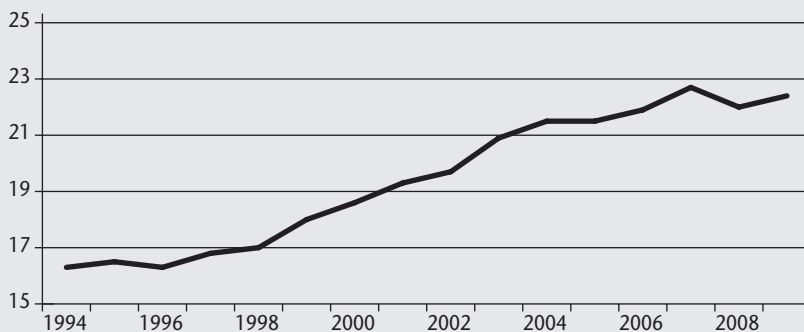
Im Jahr 2009 betrug die gemäß den in Kapitel 2 getroffenen Abgrenzungen berechnete Niedriglohngrenze des Bruttostundenlohns 8,94 Euro. Dies ist mehr als ein Alleinstehender mit einer Vollzeitbeschäftigung erzielen müsste, um seinen Lebensunterhalt ohne ergänzende Transfers zu bestreiten. Das durch das Arbeitslosengeld II definierte Existenzminimum liegt – je nach der Höhe der Kosten der Unterkunft – bei rund 700 Euro verfügbarem Einkommen im Monat. Um dies allein mit Erwerbseinkommen zu erzielen, wäre ein Bruttomonatseinkommen von knapp 900 Euro erforderlich. Bei einer 39-Stunden-Woche (169 Stunden im Monat) ergibt sich ein Lohnsatz von 5,30 Euro brutto je Stunde. Anders gewendet, resultieren die 8,94 Euro Bruttostundenlohn bei einem vollzeitbeschäftigten Alleinstehenden in einem verfügbaren Monatseinkommen von knapp 1.100 Euro, was ausreichend wäre, um den Bedarf eines Zweipersonenhaushalts zu decken. Es ist somit festzustellen, dass die Niedriglohnschwelle weit jenseits der Grenze liegt, bis zu der ein direkter Zusammenhang zwischen niedrigem Lohn und sozialen Problemlagen gesehen werden müsste. Auf die wechselseitige Beziehung von Niedriglohnbeschäftigung und Armut wird detailliert in Abschnitt 3.2.5 eingegangen. Die Dynamik der – zu laufenden Preisen gemessenen – Niedriglohngrenze ist im Zeitraum von 1994 bis 2009 mit einem durchschnittlichen Wachstum von 1,6 Prozent pro Jahr eher als moderat anzusehen.

Über den Beobachtungszeitraum hinweg hat sich der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten recht deutlich erhöht (Abbildung 1). Der Anstieg fand – soweit sich das mit den vorliegenden Daten zeigen lässt – vor allem in den Jahren 1997 bis 2007 statt. In den letzten beiden betrachteten Jahren ist der Niedriglohnssektor nicht weiter gewachsen. Es bleibt aber abzuwarten, ob dies eine Trendwende oder eine vorübergehende Stagnation darstellt. Der für das Jahr 2008 gemessene Wert von 22 Prozent der Beschäftigten stimmt weitgehend mit dem Befund von Kalina/Weinkopf (2010, 3) überein, die unter Verwendung einer deutschlandweit einheitlichen Niedriglohngrenze mit derselben Datenquelle einen Anteil von 21,5 Prozent errechneten. Solche geringfügigen Unterschiede können sich durch im Detail abweichende Definitionen und Abgrenzungen erklären. Im Weiteren verwenden Kalina/Weinkopf (2010) jedoch für Ost- und Westdeutschland getrennt berechnete

Beschäftigte im Niedriglohnsektor

Abbildung 1

Anteil an allen Beschäftigten, in Prozent



Quellen: SOEP, 2010; eigene Berechnungen

Niedriglohnschwellen. Dies führt zwar zu kleinen Änderungen beim Anteil, ändert jedoch nichts an der Feststellung, dass der Niedriglohnsektor im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts beträchtlich zugenommen hat. Da im selben Zeitraum die Zahl der Erwerbstätigen zugelegt hat, stieg folglich auch die absolute Anzahl der Niedriglohnbeschäftigten.

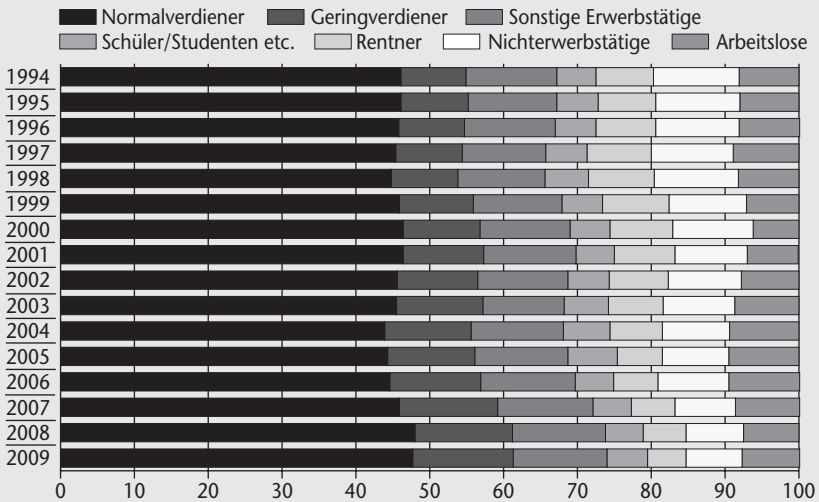
Die im Beobachtungszeitraum insgesamt gestiegene Beschäftigung hat neben der gewachsenen absoluten Anzahl der Niedriglohnbeschäftigten aber noch eine zweite Konsequenz: Die Ausweitung des Niedriglohnsektors ging nicht auf Kosten der Beschäftigung mit höheren Löhnen, sondern schlug sich in zusätzlicher Beschäftigung nieder. Dies wird sichtbar, wenn der Niedriglohnbereich nicht als Anteil an der gesamten Beschäftigung ausgewiesen wird, sondern als Anteil an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Abbildung 2 zeigt, dass es im gesamten Beobachtungszeitraum einen stabilen Kern von 44 bis 48 Prozent der Erwerbsbevölkerung gab, der zu Löhnen oberhalb der Niedriglohnschwelle beschäftigt war.

Zwar hat es in den Jahren von 1994 bis 2009 auch in dieser Betrachtungsweise einen nennenswerten Anstieg des Anteils der Niedriglohnbeschäftigung gegeben, nämlich von 8,8 auf 13,6 Prozent. Doch ging dies nicht zulasten des Anteils Beschäftigter mit höheren Löhnen. Dieser konnte in den letzten beiden Jahren sogar geringfügig zunehmen. Auch der Anteil der Sonstigen Erwerbstätigen, bei denen kein sinnvoller Stundenlohn errechnet werden kann, ist nicht gesunken. Rückläufig waren vielmehr die Anteile der Rentner – wobei es sich in dieser Betrachtung um frühzeitige Renteneintritte handelt,

Erwerbsbevölkerung¹

Abbildung 2

nach Lohnstatus, in Prozent



¹ Bevölkerung im Erwerbsalter von 15 bis unter 65 Jahren.

Quellen: SOEP, 2010; eigene Berechnungen

da ausschließlich Personen im Erwerbsalter einbezogen wurden – und der Nichterwerbstätigen. Zusammengenommen ging der Anteil dieser beiden Gruppen von 19,3 auf 12,8 Prozent zurück. Dieser Trend basiert auf zwei wesentlichen Entwicklungen:

- Erstens ist die Zahl der Personen rückläufig, die in den vorzeitigen Ruhestand eintreten. Bereits in der Mitte der 1990er Jahre hatte der Gesetzgeber Maßnahmen ergriffen, um das faktische Renteneintrittsalter zu erhöhen. So wurden das reguläre Renteneintrittsalter für Frauen und die Abschläge für den vorzeitigen Renteneintritt angehoben. Aufgrund langer Übergangsfristen sind diese Reformen teils erst im folgenden Jahrzehnt wirksam geworden. Ab dem Jahr 2003 kamen Arbeitsmarktreformen hinzu, die zur Schließung weiterer Frühverrentungspfade führten. Im Ergebnis legte nicht nur die Erwerbsbeteiligung, sondern auch die Erwerbstätigkeit Älterer deutlich zu. Im Zeitraum von 1996 bis 2009 stiegen bei den Personen im Alter von 50 bis unter 65 Jahren die Erwerbsquote von 56 auf 70 Prozent und die Erwerbstätigenquote von 49 auf 65 Prozent (Statistisches Bundesamt, 2010).
- Zweitens hat die Erwerbsbeteiligung von Frauen im betrachteten Zeitraum stark zugenommen. Wollten im Jahr 1998 noch 63 Prozent der Frauen im

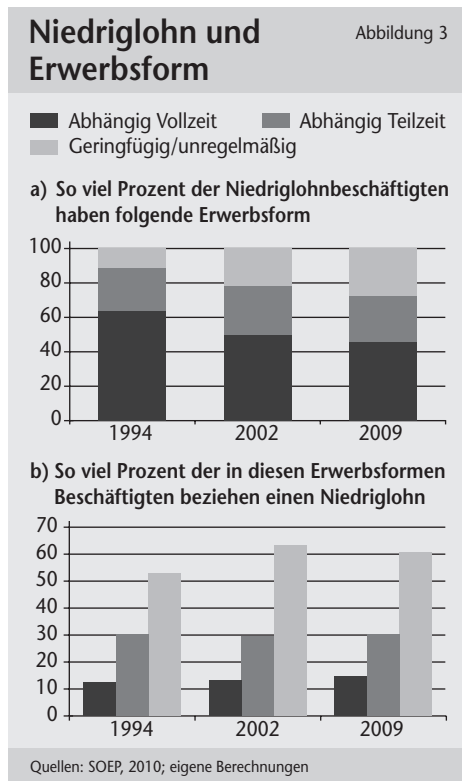
Alter von 15 bis unter 65 Jahren arbeiten, erhöhte sich dieser Anteil bis zum Jahr 2009 auf 72 Prozent. Die neu auf den Arbeitsmarkt drängenden Frauen fanden überwiegend auch einen Arbeitsplatz. Allerdings spielt dabei die Beschäftigung in flexiblen Erwerbsformen, vor allem in Teilzeit und geringfügiger Beschäftigung, eine tragende Rolle. Die Konzentration auf diese Erwerbsformen bleibt nicht ohne Konsequenz für die Entlohnung. Selbst wenn für Indikatoren der individuellen Produktivität kontrolliert wird, ist die Entlohnung besonders für geringfügig Beschäftigte niedriger als für Vollzeitbeschäftigte (Schäfer, 2010).

3.2 Merkmale von Niedriglohnbeschäftigten

3.2.1 Erwerbsform

Nur knapp die Hälfte der Niedriglohnbeschäftigten ist in Vollzeit beschäftigt (Abbildung 3a).¹ Der Anteil der Vollzeitbeschäftigten am Niedriglohnsektor ist darüber hinaus langfristig rückläufig. Stark zugenommen hat hingegen der Anteil der geringfügig Beschäftigten, was vorrangig auf das Beschäftigungswachstum in diesem Segment zurückzuführen ist. Von der zusätzlichen Niedriglohnbeschäftigung, die im Zeitraum von 1994 bis 2009 entstanden ist, entfielen nur 10 Prozent auf Vollzeitbeschäftigte, aber 28 Prozent auf Teilzeitbeschäftigte und 62 Prozent auf geringfügig Beschäftigte. Dies ist ein weiteres Indiz dafür, dass die Ausweitung des Niedriglohnsektors eine Begleiterscheinung der Ausweitung der Erwerbstätigkeit war.

Erwartungsgemäß konzentriert sich die Niedriglohnbeschäftigung auf Teilzeit- und geringfügige Beschäftigung (Abbildung 3b): Während 15 Prozent der Vollzeitbe-



schäftigten zum Niedriglohnssektor zählen, sind es unter den Teilzeitbeschäftigten 30 Prozent und unter den geringfügig Beschäftigten sogar 61 Prozent. Dies erklärt sich erstens daraus, dass Teilzeit- und Minijobs überdurchschnittlich häufig in Tätigkeiten mit mittleren oder niedrigen Qualifikationsanforderungen ausgeübt werden. Demgegenüber neigen Hochqualifizierte eher dazu, ihr Humankapital möglichst effektiv einzusetzen, indem sie einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen. Zweitens spielt bei den geringfügig Beschäftigten eine Rolle, dass sie bei der Verhandlung des Lohns einen niedrigeren Abgabenteil zu berücksichtigen haben als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Müssten die Beschäftigten Sozialversicherungsbeiträge und Steuern zahlen, würden sie für die gleiche Tätigkeit einen höheren Bruttostundenlohn verlangen, um auf das gleiche Nettoeinkommen je Stunde Arbeitszeit zu kommen.

3.2.2 Branche

Niedriglohnbeschäftigte verteilen sich ungleich über die verschiedenen Branchen. Schwerpunkte liegen in vier Wirtschaftszweigen: Produzierendes Gewerbe, Einzelhandel, unternehmensnahe Dienstleistungen² sowie Gesundheits- und Sozialwesen. In diesen vier Branchen zusammen arbeiten 55 Prozent aller Niedriglohnbezieher. Anders sieht es aus, wenn die Niedriglohninzidenz nach Branche betrachtet wird. Die höchsten Anteile von Niedriglohnbeschäftigten weisen das Gastgewerbe (62 Prozent) und die Land- und Forstwirtschaft (52 Prozent) auf. Hier dürfte sich ein hoher Anteil geringfügig Beschäftigter bemerkbar machen. Überdurchschnittlich hohe Anteile an Niedriglohnbeschäftigten sind zudem im Einzelhandel (36 Prozent) und bei den unternehmensnahen Dienstleistungen (33 Prozent) zu beobachten. Das Produzierende Gewerbe ist zwar der Wirtschaftszweig, in dem absolut die meisten Niedriglohnbeschäftigten arbeiten. Doch stellen diese lediglich 12 Prozent der insgesamt im Produzierenden Gewerbe beschäftigten Arbeitnehmer. Dies ist nach der öffentlichen Verwaltung sowie dem Kredit- und Versicherungsgewerbe der niedrigste Anteil. In der Metall- und Elektroindustrie sind sogar nur 7 Prozent zu Niedriglöhnen beschäftigt.

Die Befunde zur Branchenstruktur der Niedriglohnbeschäftigung im Jahr 2009 unterscheiden sich nur in einem Punkt wesentlich von denen aus dem Jahr 1994: Zu Beginn des Beobachtungszeitraums war der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten bei den unternehmensnahen Dienstleistungen mit 19 Prozent deutlich niedriger als zuletzt. Hier spiegelt sich unter anderem die Expansion der Arbeitnehmerüberlassung wider. In der Zeitarbeit sind weit überproportional Hilfsarbeiter beschäftigt, die gewöhnlich unterhalb der

Niedriglohnschwelle entlohnt werden.³ Nahezu die Hälfte der Niedriglohnbeschäftigten arbeitet in kleinen Betrieben mit weniger als 20 Arbeitnehmern. Ein weiteres Drittel fällt in die Kategorie der mittleren Unternehmen mit 20 bis unter 200 Beschäftigten. In Großunternehmen mit 2.000 oder mehr Beschäftigten finden sich hingegen nur wenige: Nicht einmal jeder zehnte Arbeitnehmer in Großbetrieben liegt unter der Niedriglohnschwelle.

3.2.3 Beruf, Qualifikation und Betriebszugehörigkeitsdauer

Der wesentliche Bestimmungsfaktor für die Wertschöpfung, die ein Arbeitnehmer mit seiner Arbeit für den Betrieb erwirtschaftet, ist seine Tätigkeit und die damit verbundene Qualifikationsanforderung. Die Entlohnung folgt diesem Muster. Dementsprechend differiert die Niedriglohninzidenz je nach ausgeübtem Beruf. Einen deutlich überdurchschnittlich großen Niedriglohnbereich weisen vor allem zwei Gruppen von Arbeitnehmern auf: personenbezogene Dienstleister (einschließlich Verkäufer) und Hilfskräfte. Unter den Berufen mit hohen Qualifikationsanforderungen, aber auch unter den Facharbeitern sind hingegen nur wenige Niedriglohnbezieher (Tabelle 1).

Im Kern ist die Entlohnung – und abgeleitet davon die Niedriglohnbeschäftigung – eine Frage der Qualifikation. Zu unterscheiden ist dabei die formale Qualifikation des Beschäftigten von der formalen Qualifikationsanforderung der ausgeübten Tätigkeit. Beides kann in Form von Unter- oder Überqualifikation auseinanderfallen, wobei zusätzlich zu hinterfragen ist, ob formal Qualifizierte überhaupt in ihrem erlernten Beruf tätig sind. Einige Untersuchungen zur Struktur der Niedriglohnbeschäftigung rekurrieren auf die tatsächliche formale Qualifikation der Beschäftigten – mit der Schlussfolgerung, dass Niedriglohnbeschäftigung zunehmend und vorrangig von formal Qualifizierten ausgeübt wird (Kalina/Weinkopf, 2008, 454 f.; 2010, 5 f.). Diese tatsächliche Qualifikation ist für die Entlohnung jedoch nur insoweit von Bedeutung, als der Arbeitnehmer in der Regel mindestens die erforderliche Qualifikation vorweisen muss. Ein Hochschulabschluss ist der Entlohnung jedoch nicht weiter förderlich, wenn für die ausgeübte Tätigkeit lediglich eine kurze Anlernausbildung nötig ist. Ebenso wenig nutzt eine Berufsausbildung im Handwerk für eine Tätigkeit als Pflegekraft. Hinzu kommt, dass sich einmal erworbene formale Qualifikationen mit der Zeit entwerten, wenn sie nicht durch eine Erwerbstätigkeit in diesem Bereich auf dem Laufenden gehalten werden. Eine formale Qualifikation weisen auch Arbeitnehmer auf, die vor 40 Jahren eine Berufsausbildung abgeschlossen haben, seitdem aber nie in ihrem erlernten Beruf erwerbstätig waren. Diese

Niedriglohnbeschäftigte nach Berufsgruppen

Tabelle 1

im Jahr 2009, in Prozent der jeweiligen Berufsgruppe

Verkaufs- und Dienstleistungshilfskräfte	60
Modelle, Verkäufer und Vorführer	45
Personenbezogene Dienstleistungsberufe und Sicherheitsbedienstete	44
Hilfsarbeiter im Bergbau, Baugewerbe, Verarbeitenden Gewerbe und Transportwesen	42
Sonstige Handwerks- und verwandte Berufe	37
Fahrzeugführer und Bediener mobiler Anlagen	35
Büroangestellte mit Kundenkontakt	32
Maschinenbediener und Montierer	27
Mineralgewinnungs- und Bauberufe	25
Biowissenschaftler und Mediziner	17
Biowissenschaftliche und Gesundheitsfachkräfte	17
Büroangestellte ohne Kundenkontakt	16
Metallarbeiter, Mechaniker und verwandte Berufe	13
Sonstige Fachkräfte (mittlere Qualifikationsebene)	12
Technische Fachkräfte	11
Wissenschaftliche Lehrkräfte	10
Nichtwissenschaftliche Lehrkräfte	10
Geschäftsleiter und Geschäftsbereichsleiter in großen Unternehmen	8
Sonstige Wissenschaftler und verwandte Berufe	8
Physiker, Mathematiker und Ingenieurwissenschaftler	3
Durchschnitt	22

Nur Berufsgruppen mit mindestens 100 Fällen.

Quellen: SOEP, 2010; eigene Berechnungen

Berufsausbildung ist so weit entwertet, dass der Arbeitnehmer eigentlich als Geringqualifizierter klassifiziert werden müsste. Für die Entlohnung eines Beschäftigten ist somit nicht die tatsächliche, sondern die erforderliche Qualifikation ausschlaggebend.

Tabelle 2a illustriert diese Zusammenhänge. Zwar sind 23 Prozent der Beschäftigten mit einer beruflichen Ausbildung dem Niedriglohnbereich zuzuordnen, aber nur 19 Prozent der Beschäftigten, deren Tätigkeit eine Berufsausbildung erfordert. Bei den Tätigkeiten, die einen Hochschulabschluss voraussetzen, ergibt sich ein Niedriglohnanteil von 7 Prozent. Mit über 40 Prozent durchweg hoch sind hingegen die Niedriglohnanteile von Beschäftigten, deren Tätigkeit keine Berufsausbildung verlangt. Dies ist unabhängig davon, welche formalen Qualifikationen die Beschäftigten tatsächlich haben. Hochschulabsolventen, die einer einfachen Tätigkeit nachgehen, finden sich ungefähr genauso häufig im Niedriglohnsektor wieder wie Ungelernte in den

Niedriglohn und Qualifikation

Tabelle 2

a) So viel Prozent der Beschäftigten mit diesen tatsächlichen und erforderlichen Qualifikationen bezogen im Jahr 2009 einen Niedriglohn

Tatsächliche Qualifikation	Erforderliche Qualifikation			
	Kein Abschluss	Lehre, Fachschule	Hochschule	Insgesamt
Kein Abschluss	45	24	8 ¹	38
Lehre, Fachschule	43	19	5	23
Hochschule	46	11	7	11
Insgesamt	44	19	7	22

b) So viel Prozent der Niedriglohnbeschäftigten wiesen im Jahr 2009 diese tatsächlichen und erforderlichen Qualifikationen auf

Tatsächliche Qualifikation	Erforderliche Qualifikation			
	Kein Abschluss	Lehre, Fachschule	Hochschule	Insgesamt
Kein Abschluss	15	31	0 ¹	19
Lehre, Fachschule	27	42	1	71
Hochschule	4 ¹	2 ¹	5 ¹	11
Insgesamt	46	47	7	100

Rundungsdifferenzen. ¹ Fallzahl unter 100.
 Quellen: SOEP, 2010; eigene Berechnungen

gleichen Tätigkeiten. Dagegen sind Hochschulabsolventen, für deren Tätigkeit eine berufliche Ausbildung nötig ist, deutlich seltener zu Niedriglöhnen beschäftigt als Geringqualifizierte in entsprechenden Tätigkeiten.

Tabelle 2b stellt dar, in welchen Segmenten der Qualifikationsmatrix Niedriglohnbeschäftigte überwiegend eingeordnet sind. Wird allein von den tatsächlichen Qualifikationen ausgegangen, haben 82 Prozent der Niedriglohnbeschäftigten mindestens eine abgeschlossene Berufsausbildung. Niedriglohnbeschäftigung konzentriert sich auf den ersten Blick also keineswegs ausschließlich auf das Segment der Geringqualifizierten. Wenn jedoch statt der tatsächlichen die erforderlichen Qualifikationen in den Blick genommen werden, ergibt sich ein Anteil von nur noch 54 Prozent außerhalb des Geringqualifiziertensegments. Dabei spielen vor allem die Personen mit Lehrausbildung, deren Tätigkeit auch eine Lehrausbildung erfordert, eine quantitativ bedeutsame Rolle. Es sind aber die Beschäftigten abzuziehen, die nicht in ihrem erlernten Beruf arbeiten. Niedriglohnbeschäftigte mit Lehrausbildung oder Hochschulabschluss, die qualifikationsadäquat in ihrem erlernten Beruf tätig sind, machen nur rund 36 Prozent der gesamten Niedriglohnbeschäftigung aus.

Die individuelle Produktivität und damit die Entlohnung ist auch eine Frage der Berufserfahrung, also des aus Erfahrung angesammelten Human-

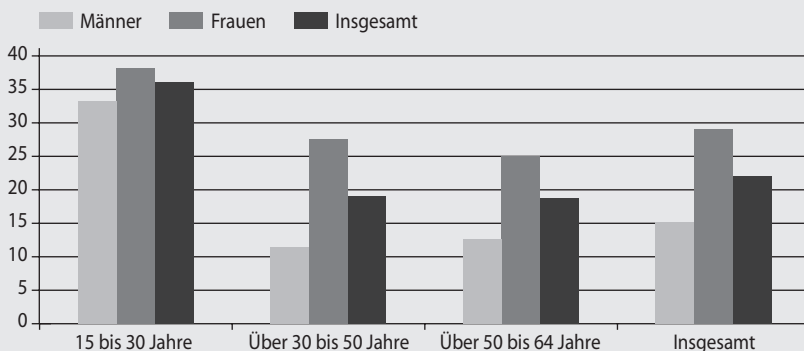
kapitals. Von Bedeutung ist dabei die allgemein verwendbare Berufserfahrung, die sich betriebsunabhängig einsetzen lässt, vor allem aber die betriebspezifische Berufserfahrung. Neben dem betriebspezifischen Humankapital, das ein wichtiger Bestimmungsfaktor der individuellen Produktivität ist, wirkt sich die Verbleibdauer im Betrieb wesentlich auf den beruflichen Aufstieg aus. Daher kann es kaum überraschen, dass Niedriglohnbeschäftigung vor allem bei Arbeitnehmern auftritt, die noch nicht allzu lange im Betrieb sind. 38 Prozent der Arbeitnehmer mit einer Betriebszugehörigkeitsdauer von weniger als drei Jahren zählen zu den Niedriglohnbeschäftigten. Bei den Arbeitnehmern mit mehr als zehn Jahren Betriebszugehörigkeit sind es nur 10 Prozent.

3.2.4 Persönliche Merkmale und Haushaltskontext

Die starke Korrelation zwischen der Dauer der Betriebszugehörigkeit und dem Lebensalter sorgt dafür, dass jüngere Arbeitnehmer weit häufiger im Niedriglohnsektor zu finden sind als ältere. 36 Prozent der Arbeitnehmer bis 30 Jahre sind im Niedriglohnbereich tätig, bei den älteren Arbeitnehmern dagegen nur 19 Prozent (Abbildung 4). Von den Niedriglohnempfängern unter 30 Jahren befindet sich indes ein gutes Viertel in einer Form der Ausbildung – überwiegend handelt es sich um Studenten an einer Hochschule. Diese Personen üben lediglich eine gering entlohnte Nebenbeschäftigung aus. Zudem muss berücksichtigt werden, dass mit der Betrachtung der Niedriglohninzidenz von jüngeren Arbeitnehmern eine Auswahlverzerrung verbunden ist. Wie in Abschnitt 3.2.3 dargelegt, ist Niedriglohnbeschäftigung in starkem Maße eine Frage der Qualifikation. Wenn ausschließlich junge Arbeitnehmer betrachtet werden, fallen diejenigen, die noch in der Ausbildung oder im Studium sind, aus der Betrachtung heraus – zumindest sofern sie keiner Nebenbeschäftigung nachgehen. Diese Personen können aber in der Regel die höchsten Löhne erwarten. Ausgewertet werden nur die Löhne der jüngeren Arbeitnehmer, deren Ausbildung bereits abgeschlossen ist oder die nie eine Ausbildung absolviert haben. Entsprechend niedrig fallen ihre durchschnittlichen Löhne aus. Ein Extremfall kann die Wirkungsweise dieses Effekts illustrieren: Würden nur 15-jährige Arbeitnehmer unter Herausrechnung der Auszubildenden betrachtet, blieben nur Erwerbstätige ohne formale berufliche Qualifikation übrig. Da Arbeitnehmer ohne Ausbildung überwiegend gering entlohnt werden, dürfte der Anteil der Niedriglohnempfänger in diesem eng abgegrenzten Segment extrem hoch sein. Dies kann aber nicht darauf zurückgeführt werden, dass junge Arbeitnehmer bei der Entlohnung benachteiligt werden.

Niedriglohnbeschäftigte nach Alter und Geschlecht Abbildung 4

im Jahr 2009, in Prozent



Quellen: SOEP, 2010; eigene Berechnungen

Hinsichtlich der Niedriglohninzidenz zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Insgesamt arbeiten Frauen mit 29 Prozent weit häufiger zu niedrigen Löhnen als Männer, bei denen es 15 Prozent sind. Die Unterschiede sind bei der jüngeren Altersgruppe weniger ausgeprägt. Dies kann zwei Ursachen haben: Während ältere Frauen gegenüber gleichaltrigen Männern einen Qualifikationsrückstand aufweisen, ist dies bei jüngeren Frauen gegenüber jüngeren Männern nicht mehr der Fall, sodass sich Unterschiede in der produktivitätsorientierten Entlohnung nivellieren. Zudem ist aus der Forschung zum geschlechtsspezifischen Lohnunterschied bekannt, dass sich Erwerbspausen negativ auf den Stundenlohn auswirken (Anger/Schmidt, 2008). Davon sind vor allem Frauen betroffen, die nach einer kindbedingten beruflichen Auszeit auf den Arbeitsmarkt zurückkehren – zumal dies häufig in einem Teilzeit- oder geringfügigen Beschäftigungsverhältnis erfolgt. Werden die Niedriglohnanteile nach Altersgruppe und Erwerbsform getrennt betrachtet, so zeigen sich in der Altersgruppe bis 30 Jahre keine höheren Niedriglohnanteile von weiblichen Arbeitnehmern. Im Gegenteil: Bei den Teilzeit- oder geringfügig Beschäftigten weisen Männer eine höhere Niedriglohninzidenz auf. Dies ändert sich in der Altersgruppe der über 30- bis 50-Jährigen. Hier sind Frauen ungeachtet der Erwerbsform häufiger im Niedriglohnsegment beschäftigt. Differenzierter ist der Befund in der Altersgruppe der über 50-Jährigen. Bei den Vollzeitbeschäftigten ist unter den Frauen mit 13 Prozent gegenüber 10 Prozent bei den Männern Niedriglohnbeschäftigung etwas weiter verbreitet. Umgekehrt ist es bei den

Teilzeit- oder geringfügig Beschäftigten, wobei hier bei den Männern die auswertbaren Fallzahlen sehr gering sind.

Die Bedeutung familiärer Umstände wird auch deutlich, wenn der Haushaltskontext von Niedriglohnbeschäftigten betrachtet wird (Abbildung 5). In Haushalten von Alleinerziehenden lebt ein überdurchschnittlicher Anteil Niedriglohnbeschäftigter. Zwar könnte angenommen werden, dass dies auf den überdurchschnittlichen Anteil von Teilzeit- oder geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen in diesen Haushalten zurückzuführen ist. Doch diese Vermutung bestätigt sich nicht. Vielmehr lässt sich zeigen, dass Alleinerziehende auch dann einen erhöhten Anteil an Niedriglohnbeschäftigten aufweisen, wenn ausschließlich Vollzeitbeschäftigte betrachtet werden. Die Erklärung für diesen Befund liegt darin, dass Alleinerziehende häufig in einfachen Tätigkeiten arbeiten, die keine Berufsausbildung erfordern. Dies liegt jedoch nicht an einer unterdurchschnittlichen tatsächlichen Qualifikation Alleinerziehender – diese ist nicht schlechter als beim Durchschnitt. Alleinerziehende arbeiten vielmehr häufiger als andere Personen unterhalb ihres formalen Qualifikationsniveaus. Eine mögliche Erklärung dafür ist, dass Alleinerziehende Probleme haben, die Anforderungen an die zeitliche Flexibilität zu erfüllen, die höherwertige Tätigkeiten mit sich bringen.

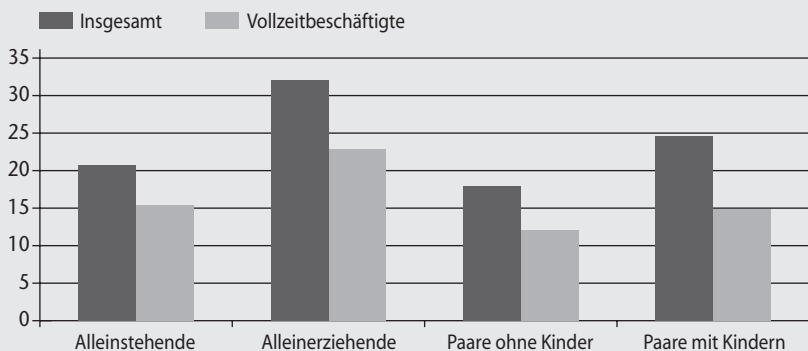
Auch in Paarhaushalten mit Kindern zeigt sich im Vergleich zu Alleinstehenden ein erhöhter Anteil Niedriglohnbeschäftigter. Anders als bei den Alleinerziehenden ist dies aber auf den höheren Anteil Teilzeit- oder geringfügig Beschäftigter zurückzuführen, denn hinsichtlich der Vollzeitbeschäftigten zeigen sich keine Unterschiede. Deutlich geringer als im Durchschnitt ist der Anteil von Niedriglohnbeschäftigung in Paarhaushalten ohne Kinder. Diese können zum einen ohne zeitliche Restriktionen häufiger einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen. Zum anderen handelt es sich dabei häufig um Haushalte, in denen deshalb keine Kinder leben, weil diese bereits einen eigenen Haushalt gegründet haben. Dementsprechend sind die erwerbstätigen Haushaltsmitglieder älter als in anderen Haushaltstypen, somit auch weiter in ihrer beruflichen Entwicklung fortgeschritten und zu höheren Löhnen beschäftigt.

Die Niedriglohnbeschäftigung ist ungleich über die Bundesrepublik verteilt. Die absolut meisten Geringverdiener sind in Nordrhein-Westfalen und in Bayern zu finden. Dies liegt jedoch ausschließlich daran, dass in diesen Ländern viele Personen erwerbstätig sind. Die mit großem Abstand höchsten Anteile von Niedriglohnbeschäftigung gibt es in den neuen Bundesländern (Abbildung 6).⁴ Der wesentliche Grund dafür ist ein allgemein niedrigeres

Niedriglohnbeschäftigte nach Haushaltstyp

Abbildung 5

im Jahr 2009, in Prozent



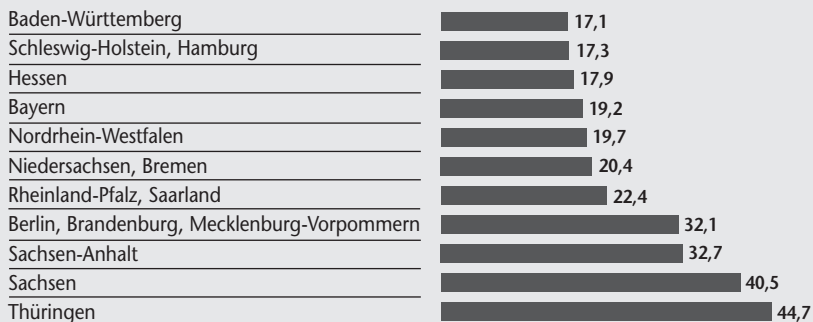
Quellen: SOEP, 2010; eigene Berechnungen

Lohnniveau in Ostdeutschland, das nicht allein in typischen Niedriglohnsegmenten, sondern auch in vielen tariflich gebundenen Bereichen vorherrscht. Von dem auffälligen Ost-West-Gegensatz abgesehen, korrelieren die Niedriglohnanteile nicht in starkem Maße mit der regionalen Arbeitsmarktlage. Denn diese ist in Thüringen besser als in Sachsen-Anhalt und in Bayern besser als in Schleswig-Holstein und Hamburg. Offenkundig spielen zwei Faktoren gleichzeitig eine Rolle für den Umfang des regionalen Niedriglohnsektors:

Niedriglohnbeschäftigte nach Bundesländern

Abbildung 6

im Jahr 2009, in Prozent



Quellen: SOEP, 2010; eigene Berechnungen

- erstens das allgemeine regionale Lohnniveau, das unter anderem von der regionalen Arbeitsmarktlage, aber auch von der Struktur der Wirtschaftszweige beeinflusst ist, und
- zweitens der Grad, zu dem auch produktivitätsschwache Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt integriert werden können.

Gelingt es einer Region, auch die Problemfälle – zu entsprechend geringen Löhnen – in den Arbeitsmarkt einzugliedern, steigt die regionale Niedriglohnquote. Gelingt dies nicht, bleibt der Niedriglohnsektor klein, was aber auf Kosten einer niedrigeren Erwerbstätigenquote geht.

3.2.5 Einkommen und Armutsinzidenz

Das Erwerbseinkommen einer Person kann, muss aber nicht die einzige Einkommensquelle eines Haushalts sein. Häufig kommen andere Einkommen hinzu, zum Beispiel Einkommen des Partners aus Erwerbstätigkeit oder aus Transfers, ergänzende Transferleistungen sowie Einkommen aus Vermietung oder Vermögen. Die soziale Lage einer Person kann daher nicht allein am eigenen Erwerbseinkommen festgemacht werden. Entscheidend ist vielmehr das gesamte Einkommen des Haushalts. Das Haushaltseinkommen kann mithilfe des Konzepts des Nettoäquivalenzeinkommens in eine personenbezogene Betrachtung überführt werden. Dieses Nettoäquivalenzeinkommen entspricht dem mit der Haushaltsgröße nach einem speziellen Gewichtungsschema gewichteten Haushaltsnettoeinkommen⁵ (Schäfer/Schmidt, 2009, 139 f.). An dieser Größe knüpft auch der in Deutschland gebräuchliche Armutsbegriff an. Als armutsgefährdet gilt, wessen Nettoäquivalenzeinkommen unter 60 Prozent des Medianwerts liegt.

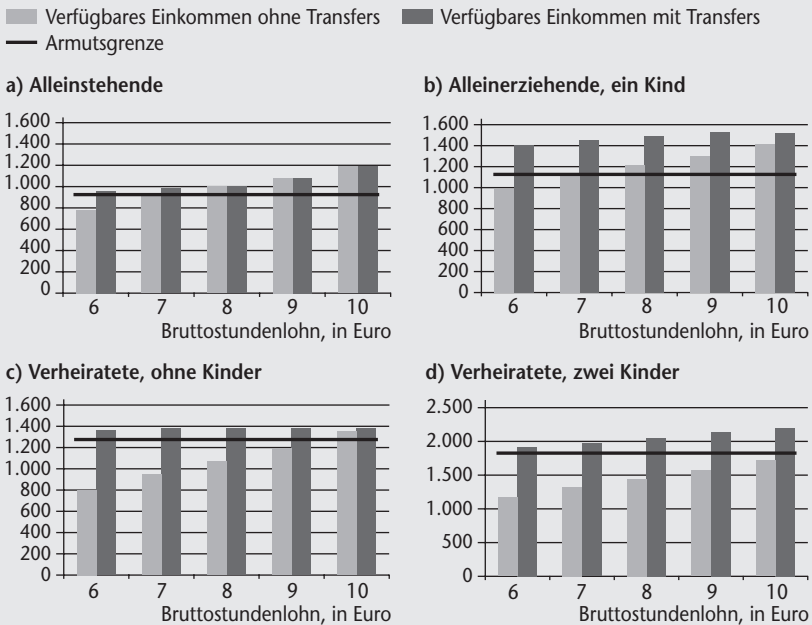
Da das persönliche Erwerbseinkommen gegebenenfalls nur einen Teil des gesamten Haushaltseinkommens darstellt, ist eine Beschäftigung zu niedrigen Löhnen nicht zwingend mit einer sozialen Problemlage verbunden. Erst recht ist nicht jeder Niedriglohnbeschäftigte armutsgefährdet. Dies zeigt schon eine rein rechnerische Betrachtung der Haushaltseinkommen (Abbildung 7). Selbst wenn keine ergänzenden Transfers in Anspruch genommen werden, überschreiten Alleinstehende und Alleinerziehende (mit einem Kind) schon bei einem Bruttostundenlohn von 7 Euro mit einer Vollzeitbeschäftigung die Armutsgrenze. Das heißt, in diesen Haushaltstypen kann es Niedriglohnbeschäftigte geben, die außer dem eigenen Erwerbseinkommen keine weiteren Einkommensquellen haben und dennoch nicht arm sind. Anders lautet der Befund bei verheirateten Alleinverdienern. Bruttostundenlöhne unter der Niedriglohnschwelle von knapp 9 Euro führen in diesen Haushalten zu Ar-

mut – sofern keine ergänzenden Transfers gezahlt werden. Allerdings sorgt das System der Anrechnung von Erwerbseinkommen im Arbeitslosengeld II dafür, dass – sofern alle anderen Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind – ein Transferanspruch in der Regel besteht (Schäfer, 2008, 13 ff.). Wenn dieser Anspruch konsequent wahrgenommen wird, dann führen bereits sehr niedrige Stundenlöhne in allen betrachteten Haushalten zu einem verfügbaren Einkommen oberhalb der Armutsgrenze. Das erforderliche Erwerbseinkommen, das zusammen mit ergänzendem Arbeitslosengeld II ausreicht, um die Armutsgrenze zu überschreiten, beträgt bei Alleinstehenden 400 Euro brutto im Monat. Bei Verheirateten ohne Kinder sind es 600 Euro und bei Verheirateten mit zwei Kindern 300 Euro. Alleinerziehende mit einem Kind brauchen überhaupt kein Erwerbseinkommen. Bei ihnen liegt bereits das Arbeitslosengeld II oberhalb der Armutsschwelle. Armut trotz Arbeit trifft somit nur Beschäftigte mit minimalem Erwerbseinkommen oder in größeren Haushalten.

Verfügbares Einkommen und Armutsgrenze

Abbildung 7

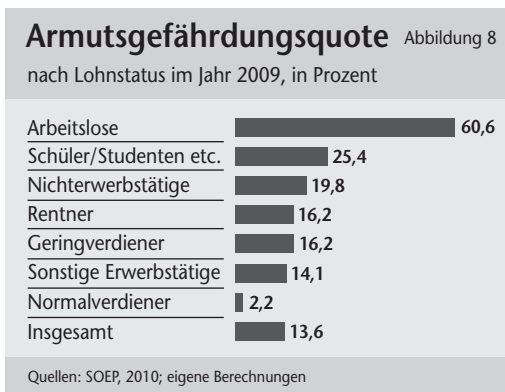
nach Haushaltstyp im Jahr 2009, in Euro pro Monat



Vollzeitbeschäftigte; verfügbares Einkommen einschließlich Kindergeld; Transfers: Arbeitslosengeld II, Kinderzuschlag, Wohngeld.

Quellen: SOEP, 2010; eigene Berechnungen

Die Auswertungen mit dem SOEP zeigen, dass dies keine rein theoretischen Betrachtungen sind (Abbildung 8). Lediglich gut 16 Prozent der Niedriglohnempfänger haben ein Einkommen unterhalb der Grenze der Armutsgefährdung. Dieser Anteil liegt nur knapp über der durchschnittlichen Armutsquote für den gesamten betrachteten Personenkreis im Erwerbsalter. Wie die Armutsgefährdungsquote insgesamt stieg auch die Quote bei den Geringverdienern im Zeitablauf. Im Jahr 1994 lag sie noch bei 9 Prozent. Die Höhe von gut 16 Prozent im Jahr 2009 bedeutet im Umkehrschluss, dass knapp 84 Prozent der Niedriglohnbeschäftigten entweder weitere Einkommensquellen haben, die ihr Einkommen über die Armutsgrenze hinweg anheben, oder ein Erwerbseinkommen, das allein ausreicht, um die Armutsschwelle zu überwinden. Das Arbeitslosengeld II spielt dabei nicht einmal eine überragende Rolle als zusätzliche Einkommensquelle: Nur 25 Prozent der armutsgefährdeten Geringverdiener erhalten ergänzend Arbeitslosengeld II und nur 3 Prozent der nicht armutsgefährdeten Geringverdiener. Dass Niedriglohnbeschäftigte arm sind, liegt nicht zuletzt an vergleichsweise großen Haushalten. Von den armutsgefährdeten Geringverdienern leben 54 Prozent in Haushalten mit Kindern, von den armutsgefährdeten Normalverdienern hingegen nur 44 Prozent. Abbildung 8 zeigt, dass das alles überragende Armutsrisiko nicht durch niedrige Löhne hervorgerufen wird, sondern



durch Arbeitslosigkeit. Hinzu kommt, dass von den armutsgefährdeten Geringverdienern 58 Prozent gar nicht in Vollzeit, sondern nur in Teilzeit oder geringfügig beschäftigt sind. Vollzeitbeschäftigte Geringverdiener machen gerade einmal 7 Prozent der insgesamt armutsgefährdeten Personen im erwerbsfähigen Alter aus.

3.2.6 Subjektive Einschätzung der Beschäftigungsverhältnisse durch Arbeitnehmer

Die subjektive Einschätzung der persönlichen beruflichen und sozialen Lage ist eng mit der Entlohnung verknüpft. Aus Untersuchungen zur Arbeitszufriedenheit ist bekannt, dass die Höhe des Stundenlohns positiv auf

die Arbeitszufriedenheit wirkt. Diese Wirkung besteht auch dann, wenn im Rahmen eines simultan geschätzten Modells für andere Faktoren, welche die Arbeitszufriedenheit beeinflussen, kontrolliert wurde (Lesch et al., 2011). Dieser Zusammenhang kann im Ergebnis auch in der vorliegenden Untersuchung aufgezeigt werden. Die Arbeitszufriedenheit wird im SOEP auf einer zehnstufigen Skala von 0 („ganz und gar unzufrieden“) bis 10 („ganz und gar zufrieden“) gemessen. Der Mittelwert liegt für die Geringverdiener mit 6,47 um rund 7 Prozent unter dem Wert für Erwerbstätige mit höheren Stundenlöhnen (6,91). Illustrativer ist es, die Zufriedenheitswerte symmetrisch in drei Kategorien einzuteilen. Dabei bilden die Werte 0 bis 2 die Kategorie „geringe Zufriedenheit“, die Werte 3 bis 7 die Kategorie „mittlere Zufriedenheit“ und die Werte 8 bis 10 die Kategorie „hohe Zufriedenheit“. Beschäftigte im Niedriglohnbereich sind mit 38 Prozent deutlich seltener in hohem Maße zufrieden als Beschäftigte mit höheren Löhnen (46 Prozent). Der Anteil der wenig zufriedenen Arbeitnehmer ist allerdings in beiden Gruppen vergleichsweise gering (7 beziehungsweise 4 Prozent). Noch deutlicher ist die Differenz zwischen Geringverdienern und anderen Arbeitnehmern, wenn die Zufriedenheit mit dem persönlichen Einkommen betrachtet wird. Hier stufen sich nur 13 Prozent der Geringverdiener als hoch zufrieden ein, aber 37 Prozent der anderen Arbeitnehmer. Kleiner ist wiederum der Abstand bei der Beurteilung des Haushaltseinkommens, mit dem 21 Prozent der Geringverdiener und 39 Prozent der Arbeitnehmer mit höheren Löhnen in hohem Maße zufrieden sind. Die Befunde sprechen dafür, dass die Arbeitnehmer mit Löhnen unterhalb der Geringverdienerschwelle die Höhe ihres Verdiensts zwar durchaus als Belastung empfinden, ihre Arbeit insgesamt aber weit weniger kritisch beurteilen. Auch das Urteil über das Haushaltseinkommen fällt im Durchschnitt besser aus. Dies ist ein Indiz dafür, dass das Erwerbseinkommen aus Geringverdienertätigkeiten durch andere Komponenten des Haushaltseinkommens ergänzt wird oder gar selbst nur ergänzende Komponente eines Haushaltseinkommens ist, das sich vorwiegend aus anderen Quellen speist. Das Erwerbseinkommen von Geringverdienern trägt durchschnittlich nur zu 38 Prozent zum gesamten Haushaltsnettoeinkommen bei.

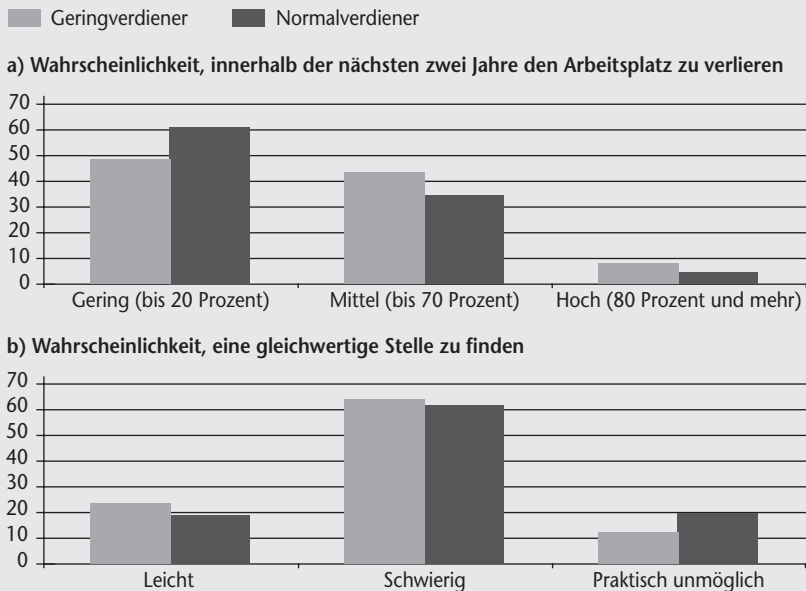
Neben einer erhöhten Inzidenz sozialer Problemlagen wird Geringverdienern in der Regel auch eine erhöhte Prekarität ihrer Beschäftigungsverhältnisse unterstellt. Im Hinblick auf die Entlohnung ergibt sich das erhöhte Prekaritätsrisiko schon aus der Definition des Niedriglohnbereichs. Aber auch hinsichtlich der Stabilität der Beschäftigungsverhältnisse ergeben sich Hinweise auf ein erhöhtes Beschäftigungsrisiko (vgl. Abschnitt 3.2.3). Dies

deckt sich teilweise mit der subjektiven Beurteilung der Beschäftigungsstabilität durch die Arbeitnehmer (Abbildung 9a). Zwar geben nur 8 Prozent der Geringverdiener an, mit einer Wahrscheinlichkeit von 80 Prozent oder mehr innerhalb der nächsten zwei Jahre ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Dennoch ist die Beurteilung der eigenen Arbeitsplatzsicherheit deutlich geringer als bei den Normalverdienern. Besonders der Anteil der Beschäftigten, die sich ihres Arbeitsplatzes einigermaßen sicher sind (Wahrscheinlichkeit des Verlusts bis 20 Prozent), ist im Niedriglohnbereich kleiner. Er beträgt fast 50 Prozent (Normalverdiener: über 60 Prozent). Das höhere antizipierte Risiko des Arbeitsplatzverlusts wird allerdings kompensiert durch eine erhöhte subjektiv empfundene Wiedereingliederungswahrscheinlichkeit, sofern der Arbeitsplatzverlust einmal eingetreten ist. Da Geringverdiener in der Regel weniger qualifiziert sind als Arbeitnehmer mit höheren Löhnen, verlieren sie beim Verlust des Arbeitsplatzes auch nicht so viel betriebspezifisches Humankapital. Insofern fällt es ihnen auch leichter, eine alternative Beschäftigungsmöglichkeit

Beurteilung der Beschäftigungsstabilität durch Arbeitnehmer

Abbildung 9

im Jahr 2009, in Prozent



Quellen: SOEP, 2010; eigene Berechnungen

ohne größere Lohnabschläge zu finden. Qualifizierte Beschäftigte dagegen müssen betriebsspezifische Kenntnisse in einem neuen Beschäftigungsverhältnis erst wieder aufbauen. Bis dahin liegen ihre Produktivität und – davon abgeleitet – ihre Entlohnung noch unter dem Stand der vorangegangenen Beschäftigung. Hinzu kommen gegebenenfalls verloren gegangene Senioritätsvorteile. Entsprechend pessimistischer sind qualifizierte Arbeitnehmer hinsichtlich der Erwartung, eine gleichwertige Stelle zu finden (Abbildung 9b).

4

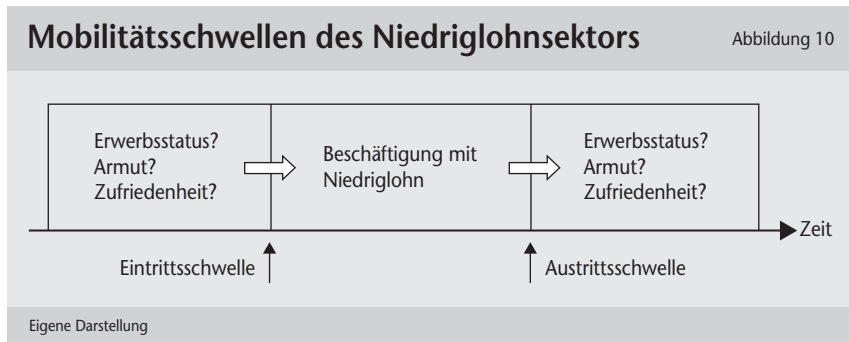
Mobilitätsverläufe im Niedriglohnsektor

Die Datengrundlage für die im Folgenden durchgeführte Mobilitätsanalyse bildet das SOEP. Der Berichtszeitraum umfasst die Jahre 1994 bis 2009, da ab dem Jahr 1994 aussagekräftige Informationen für West- und Ostdeutschland vorhanden sind und das Jahr 2009 den aktuellen Rand des Datensatzes darstellt. Da nicht sämtliche Merkmale für alle Jahre verfügbar sind, werden bei einzelnen Auswertungen grundsätzlich die Fallzahlen oder der untersuchte Zeitraum angegeben, wenn vom Berichtszeitraum abgewichen wird.

Methodisch ist darauf hinzuweisen, dass nicht alle Variablen für alle Berichtsjahre und alle Personen vorliegen. So sind einige Informationen nur in bestimmten Jahren abgefragt worden oder Personen haben zu bestimmten Fragen keine Angaben gemacht. Für die anschließende Auswertung wird in diesen Fällen davon ausgegangen, dass die fehlenden Antworten nicht durch ein bewusstes Antwortverhalten der Befragten zustande gekommen sind. Das heißt, es wird unterstellt, dass das Antwortverhalten nicht einer Systematik (Selection Bias) folgt, die durch Strukturmerkmale der Befragten erklärt werden könnte (Rässler/Riphahn, 2006). Um zudem möglichst viele Informationen nutzen zu können, wird im Folgenden darauf verzichtet, einen balancierten Datensatz zu konstruieren. Es werden also auch Beobachtungen von Personen oder Haushalten zugelassen, wenn nicht zu allen Beobachtungszeitpunkten und Variablen valide Informationen vorliegen. Im Ergebnis können sich durch dieses Vorgehen die Grundgesamtheiten einzelner bivariater Auswertungen unterscheiden.

Die Auswertungen sind so angelegt, dass sie die beiden Mobilitätsschwellen des Niedriglohnsektors näher untersuchen (Abbildung 10). Zunächst wird die

Eintrittsschwelle betrachtet (Abschnitt 4.1). In diesem Kontext sind vor allem die soziodemografischen Merkmale von Personen von Interesse, die in den Niedriglohnsektor eingetreten sind, sowie der Erwerbs- beziehungsweise Lohnstatus im Jahr vor dem Eintritt in den Niedriglohnsektor. Vor diesem Hintergrund steht die Frage im Mittelpunkt, in welcher Hinsicht eine Beschäftigung im Niedriglohnsektor gerade Nichterwerbstätigen und Arbeitslosen eine Einstiegschance am Arbeitsmarkt bietet. Daneben soll die Armutsinzidenz betrachtet werden, um zu klären, wie groß die Armutsgefährdung nach Eintritt in den Niedriglohnsektor tatsächlich ist. Abschließend wird anhand verschiedener Zufriedenheitsindikatoren der Frage nachgegangen, wie sich die Zufriedenheit – zum Beispiel in der Beurteilung der allgemeinen Lebenszufriedenheit – nach einem Eintritt geändert hat.



Im zweiten Teil der Mobilitätsanalyse wird die Austrittsschwelle des Niedriglohnsektors betrachtet (Abschnitt 4.2). Hier steht der Verbleib von Beschäftigten des Niedriglohnsektors im Vordergrund, die den Niedriglohnsektor verlassen haben. Ziel der Auswertungen ist es, den Personenkreis der Austritte näher zu beschreiben und zu zeigen, ob der Niedriglohnsektor eine Sprungbrettfunktion in ein Beschäftigungsverhältnis als Normalverdiener⁶ hat und ob sich die Armutsbedrohung und die Zufriedenheitsbeurteilung der Personen mit dem Austritt geändert haben.

Mit Blick auf diese Untersuchungsschritte ist eine Längsschnittbetrachtung notwendig. Daher werden die Daten des Untersuchungszeitraums von 1994 bis 2009 zunächst gepoolt. Im Anschluss werden sämtliche Zwei-Jahres-Perioden von Personen innerhalb dieses Zeitraums identifiziert, die nachweisbar im Basisjahr nicht im Niedriglohnsektor tätig waren, aber im Folgejahr eine Erwerbstätigkeit als Geringverdiener ausübten (Eintritte). Analog dazu werden die Personen identifiziert, die nachweisbar im Vorjahr im Nied-

riglohnssektor tätig waren und im betrachteten Jahr (Basisjahr) nicht mehr im Niedriglohnssektor arbeiteten (Austritte).⁷

Im Folgenden wird im Unterschied zu Eintritten und Austritten von Übergängen gesprochen, wenn auf die Grundgesamtheit der jeweiligen Statusgruppe Bezug genommen wird. Das heißt, es wird beispielsweise der Anteil der am Arbeitsmarkt im Jahr t_0 beschäftigten Normalverdiener oder Arbeitslosen bestimmt, der ein Jahr später (in t_1) in den Status der Geringverdiener gewechselt ist. Zur Methodik ist anzumerken, dass dabei keine Informationen anhand von sogenannten Spelldaten oder Episoden herangezogen wurden, sondern jeweils auf eine Beobachtung pro Befragungswelle abgestellt wurde. Da Übergänge, Eintritte und Austritte sich jeweils auf ein Ereignis beziehen, können Personen auch mehrfach im Untersuchungszeitraum ein- und austreten oder ihren Status wechseln. Daher sind diese Daten stets als Fallzahlen zu betrachten und nicht als Gesamtzahl von Personen zu interpretieren.

4.1 Eintritte und Übergänge in den Niedriglohnssektor

4.1.1 Persönliche Charakteristika der Eintritte

Zunächst bietet sich ein Überblick über den Personenkreis an, der im Berichtszeitraum in eine Beschäftigung im Niedriglohnssektor eingetreten ist. Der aufbereitete Datensatz weist insgesamt 10.907 Beobachtungen von Personen im erwerbsfähigen Alter im Zeitraum 1994 bis 2009 aus.⁸ Um verallgemeinernde Aussagen treffen zu können, werden die dargestellten Ergebnisse mit Hochrechnungsfaktoren gewichtet und allein Personen im erwerbsfähigen Alter betrachtet.

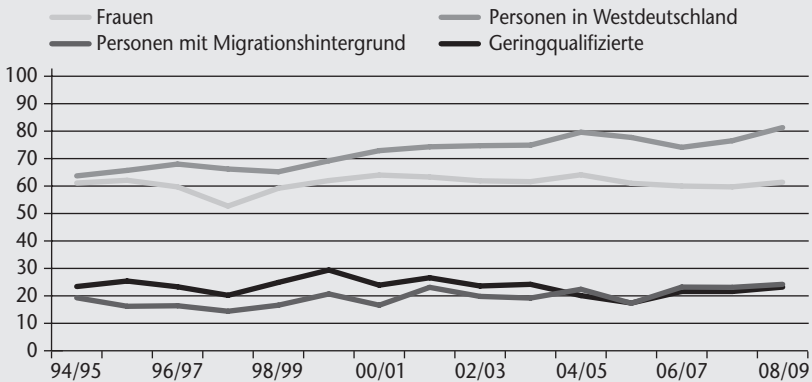
Eine erste Übersicht über die Struktur der Eintritte gibt Abbildung 11. Wie zunächst zu erkennen ist, unterliegt der Frauenanteil im Zeitablauf zwar leichten Schwankungen, ein deutlicher Trend ist jedoch nicht festzustellen. Im Durchschnitt betrug der Frauenanteil an allen Eintritten im Berichtszeitraum 60,9 Prozent. Wird der tatsächliche Bildungsstand⁹ näher betrachtet, lässt sich aufgrund der für einzelne Jahre geringen Fallzahlen allein die Unterscheidung ohne und mit abgeschlossener Ausbildung sinnvoll auswerten. Vor diesem Hintergrund zeigt sich, dass im Durchschnitt 23,2 Prozent der Eintritte auf Personen ohne abgeschlossene Ausbildung (Geringqualifizierte) entfallen und damit im Zeitablauf trotz leichter Schwankungen hier ebenfalls kein Trend auszumachen ist.

Bei Personen mit Migrationshintergrund ergibt sich ein leicht ansteigender Trend. Während im letzten Beobachtungsjahr ein Anteil von knapp einem

Eintritte in den Niedriglohnsektor

Abbildung 11

nach soziodemografischen Merkmalen, in Prozent



Quellen: SOEP, 2010; eigene Berechnungen

Viertel zu verzeichnen ist, beträgt der durchschnittliche Anteil im Berichtszeitraum rund 19,5 Prozent. Demgegenüber hat der Anteil von Personen aus Westdeutschland an allen Eintritten in den Jahren von 1994 bis 2009 von knapp 64 Prozent auf rund 81 Prozent deutlich zugenommen. Insofern deutet der Verlauf auf die vor allem in den alten Bundesländern neu geschaffenen Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnsektor hin. Das Durchschnittsalter der eingetretenen Personen liegt bei 36,7 Jahren und bei Männern geringfügig niedriger als bei Frauen (35,6 Jahre im Vergleich zu 37,4 Jahren).

4.1.2 Lohnstatus

Für die Analyse der Mobilitätsprozesse der in den Niedriglohnsektor eingetretenen Personen ist der Lohnstatus von zentraler Bedeutung. Dabei können zwei Perspektiven unterschieden werden. Zum einen kann eine Querschnittsbetrachtung dieser Personen zeigen, welche soziodemografische Struktur die Eintritte aufweisen. Zum anderen kann dargestellt werden, welche Bedeutung der Niedriglohnsektor für den Arbeitsmarkt hat, wenn etwa die Übergänge in Relation zur Grundgesamtheit der in einer Statusart zusammengefassten Personen ausgedrückt werden.

Betrachtet man alle Eintritte im Berichtszeitraum, ergibt sich das in Tabelle 3 dargestellte Bild. Wie zu erkennen ist, umfasst die Gruppe der eintretenden Personen überwiegend Normalverdiener, allerdings treten mit etwa 29 Prozent auch zuvor Nichterwerbstätige und Arbeitslose in größerem

Lohnstatus vor Eintritt in den Niedriglohnsektor

Tabelle 3

1994 bis 2009, in Prozent

Lohnstatus ¹	Geringverdiener	Nachrichtlich: alle Personen, Durchschnitt pro Jahr
Normalverdiener	42,6	45,7
Sonstige Erwerbstätige	20,0	12,2
Schüler/Studenten etc.	7,1	5,6
Rentner	1,4	7,6
Nichterwerbstätige	10,7	10,1
Arbeitslose	18,2	8,2
Insgesamt	100,0	< 100,0 ²

¹ Im Jahr vor Eintritt in den Niedriglohnsektor. ² Nicht ausgewiesen sind hier Geringverdiener (10,7 Prozent) und Angaben für das Jahr 2009.

Quellen: SOEP, 2010; eigene Berechnungen

Umfang in den Niedriglohnsektor ein. Hinzu kommt ein Anteil von 20 Prozent der Sonstigen Erwerbstätigen, der vor allem Auszubildende, Selbstständige und abhängig Beschäftigte mit teilweise unplausiblen Entgeltangaben einschließt. Vergleicht man diese Daten mit dem Lohnstatus aller Personen, wird deutlich, dass die Gruppe der Arbeitslosen überproportional bei allen Eintritten vertreten ist, wenn der Anteil der Arbeitslosen im Durchschnitt pro Jahr als potenzielle Grundgesamtheit betrachtet wird. Gleichzeitig ist die Gruppe der Normalverdiener relativ unterrepräsentiert.

Tabelle 4 zeigt die Struktur der Eintritte von Nichterwerbstätigen und Arbeitslosen. Demnach sind deutliche Unterschiede zwischen Nichterwerbstätigen und Arbeitslosen auszumachen, die im Berichtszeitraum in den Niedriglohnsektor eingetreten sind. Während die Qualifikationsstruktur der eingetretenen Arbeitslosen kaum vom Durchschnitt aller Eintritte abweicht, fällt der Anteil der Geringqualifizierten mit gut 31 Prozent unter den Nichterwerbstätigen überproportional hoch aus. Zudem ist auffällig, dass der Frauenanteil in der Gruppe der Nichterwerbstätigen über 90 Prozent beträgt. In der Gruppe der eingetretenen Arbeitslosen hingegen sind es nur knapp 53 Prozent. Hinzu kommt, dass der Anteil von Personen aus Westdeutschland mit fast 89 Prozent unter den Nichterwerbstätigen gegenüber gut 51 Prozent unter den Arbeitslosen deutlich höher ausfällt.

Abschließend wird zur Absicherung der Befunde mithilfe einer multivariaten logistischen Regressionsschätzung untersucht, welche Chancenverhältnisse für einen Eintritt in den Niedriglohnsektor für bestimmte Personengruppen bestehen, wenn gleichzeitig andere Merkmale der Personen berücksichtigt und diese demnach als Ursachen für den Eintritt herausgefiltert

Struktur der Eintritte von Nichterwerbstätigen und Arbeitslosen in den Niedriglohnssektor

Tabelle 4

1994 bis 2009, in Prozent

Merkmal	Nichterwerbstätige ¹	Arbeitslose ¹	Alle Eintritte ¹
Frauen	90,3	52,9	61,0
Personen in Westdeutschland	88,6	51,3	72,8
Personen mit Migrationshintergrund	30,0	19,5	19,7
Geringqualifizierte	31,4	21,3	22,4

¹ Im Jahr vor Eintritt in den Niedriglohnssektor.
Quellen: SOEP, 2010; eigene Berechnungen

werden (Übersicht 1). Dabei wird auf die Definition der Eintritte abgestellt.¹⁰ Zu betonen ist, dass diese Form der Analyse Chancenverhältnisse betrachtet und damit über eine rein deskriptive Betrachtung von Eintritten hinausgeht.

Tabelle 5 ist zu entnehmen, welche Merkmale (unter sonst gleichen Bedingungen) die Chance auf einen Eintritt in den Niedriglohnssektor beeinflussen. Die Daten zeigen zunächst, dass Frauen gegenüber Männern eine um 55 Prozent erhöhte Chance und Personen mit Migrationshintergrund gegenüber Personen ohne Migrationshintergrund eine um 35 Prozent erhöhte Chance aufweisen, in den Niedriglohnssektor einzutreten. Hinsichtlich des Alters und

Multivariate logistische Regressionen

Übersicht 1

Bei logistischen Regressionsschätzungen handelt es sich um nichtlineare Regressionsmodelle zur Untersuchung der Wahrscheinlichkeit, ob ein bestimmtes Ereignis eintritt oder nicht (Wooldridge, 2009). Dieses Ereignis wird hier durch den Eintritt oder Nichteintritt in den Niedriglohnssektor beschrieben.

Der Vorteil eines logistischen Modells besteht darin, dass das Chancenverhältnis zweier Gruppen zueinander hinsichtlich des Eintritts in den Niedriglohnssektor ermittelt werden kann, wenn gleichzeitig andere Einflussfaktoren berücksichtigt werden. Der Begriff „Chance“ (oder „Chancenverhältnis“) ist ein Fachterminus und wird in den folgenden Ausführungen – entgegen der im normalen Sprachgebrauch positiven Konnotation – ohne Wertung verwendet.

Zur Interpretation der Ergebnisse eines logistischen Modells werden in der durchgeführten Analyse die geschätzten Koeffizienten in sogenannte Odds Ratios (OR) transformiert. Diese werden durch die Transformation e^{β} der geschätzten Koeffizienten β berechnet (Long/Freese, 2006). Der Wert der OR gibt beispielsweise für die Variable „Geschlecht (Frau)“ das Chancenverhältnis eines Eintritts von Frauen in den Niedriglohnssektor gegenüber Männern an (unter sonst gleichen Bedingungen). Ist die OR größer/kleiner als eins, bedeutet dies, dass Frauen gegenüber Männern eine größere/kleinere Eintrittschance aufweisen. Eine statistisch abgesicherte Aussage ist nur dann möglich, wenn ein Wert als signifikant anzusehen ist. Dies ist der Fall, wenn der Wert durch zwei oder ein Sternchen gekennzeichnet ist. Dies bedeutet, dass die Irrtumswahrscheinlichkeit bei 1 Prozent oder 5 Prozent liegt (Schäfer/Schmidt, 2009; Schmidt, 2008).

Eigene Zusammenstellung

des Bildungsabschlusses lassen sich die zu vermutenden Befunde nachweisen: Ältere gegenüber Jüngeren und Höherqualifizierte gegenüber Geringqualifizierten weisen statistisch signifikant niedrigere Chancen für einen Eintritt in den Niedriglohnsektor auf. Allein Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung haben gegenüber Geringqualifizierten keine statistisch belegbaren unterschiedlichen Eintrittschancen.

Von besonderer Bedeutung sind hier der Lohnstatus und die Frage, inwiefern beispielsweise Arbeitslosen oder Nichterwerbstätigen gegenüber Normalverdienern besonders hohe oder niedrige Chancen für einen Eintritt in den Niedriglohnsektor nachzuweisen sind. Die Ergebnisse machen deutlich, dass vor allem Arbeitslosen (und Sonstigen Erwerbstätigen) gegenüber Normalverdienern deutlich höhere Eintrittschancen zuzuordnen sind: Im Detail sind die Chancen von Arbeitslosen 80 Prozent höher als die für Normalverdiener. Daneben ist zu erkennen, dass auch die in der Vergangenheit akkumulierte Dauer in Phasen der Arbeitslosigkeit zu einer geringfügigen Erhöhung der Eintrittschance führen kann. Der umgekehrte Effekt gilt für die Dauer in Zeiten von Vollzeitbeschäftigungen. Je länger also die Beschäftigung in Vollzeittätigkeiten erfolgte, umso geringer

Determinanten des Eintritts in den Niedriglohnsektor

Tabelle 5

1994 bis 2009, logistische Regression

	Odds Ratio		Standardfehler
Geschlecht (Frau)	1,55	**	0,060
Migrationshintergrund (ja)	1,35	**	0,063
Region (Westdeutschland)	0,46	**	0,017
Alter: 15 bis unter 30 Jahre	Referenz		
Alter: 30 bis unter 50 Jahre	0,76	**	0,038
Alter: 50 bis unter 65 Jahre	0,65	**	0,051
Arbeitsmarkterfahrung: Vollzeit	0,98	**	0,002
Arbeitsmarkterfahrung: Teilzeit	1,03	**	0,004
Arbeitsmarkterfahrung: arbeitslos	1,02	**	0,009
Lohnstatus: Normalverdiener	Referenz		
Sonstige Erwerbstätige	1,73	**	0,086
Schüler/Studenten etc.	0,63	**	0,060
Rentner	0,19	**	0,022
Nichterwerbstätige	0,73	**	0,045
Arbeitslose	1,80	**	0,103
Bildungsabschluss: ohne Abschluss	Referenz		
Berufsausbildung ¹	1,05		0,049
Fachschule, Meister	0,69	**	0,052
Fachhochschule	0,46	**	0,052
Universität	0,36	**	0,032
Haushaltstypen (3)	ja		
Jahresdummys (14)	ja		
Log Likelihood	-1,17e+08		
Pseudo-R ²	0,0829		
Beobachtungen	157.777		

¹ Einschließlich Berufsfachschulausbildung und Beamtenausbildung.

** = signifikant auf dem 1-Prozent-Niveau; * = signifikant auf dem 5-Prozent-Niveau.

Quellen: SOEP, 2010; eigene Berechnungen

Lohnstatus der Übergänge Tabelle 6 in den Niedriglohnsektor

1994 bis 2009, in Zeilenprozenten

Lohnstatus	Geringverdiener
Geringverdiener	53,8
Normalverdiener	4,8
Sonstige Erwerbstätige	8,8
Schüler/Studenten etc.	6,8
Rentner	0,9
Nichterwerbstätige	5,6
Arbeitslose	11,5
Insgesamt	11,0

Quellen: SOEP, 2010; eigene Berechnungen

fallen die Chancen für einen Eintritt in den Niedriglohnsektor aus. Für Nichterwerbstätige ist hingegen die Chance des Eintritts in Niedriglohnbeschäftigungen kleiner als für Normalverdiener.

Allgemeinere Informationen liefern Daten zu Übergängen, die zeigen, welcher Anteil einer Statusgruppe in den Niedriglohnsektor gewechselt ist (Tabelle 6). Auffällig ist, dass rund 54 Prozent der Geringverdiener

eines Jahres auch im Folgejahr noch der Gruppe der Geringverdiener angehören, während von den Normalverdienern nur knapp 5 Prozent in eine Beschäftigung mit Niedriglohn wechseln. Vor allem aber gelingt knapp 12 Prozent der Arbeitslosen ein Übergang in den Niedriglohnsektor. Auf Basis der Stichprobe der Integrierten Erwerbsbiografien (IEBS) für die Jahre von 1995 bis 2006 beziffert Mosthaf (2011) den Anteil der Geringverdiener (Normalverdiener), die im Folgejahr im Niedriglohnsektor tätig waren, auf rund 64 Prozent (knapp 1 Prozent).

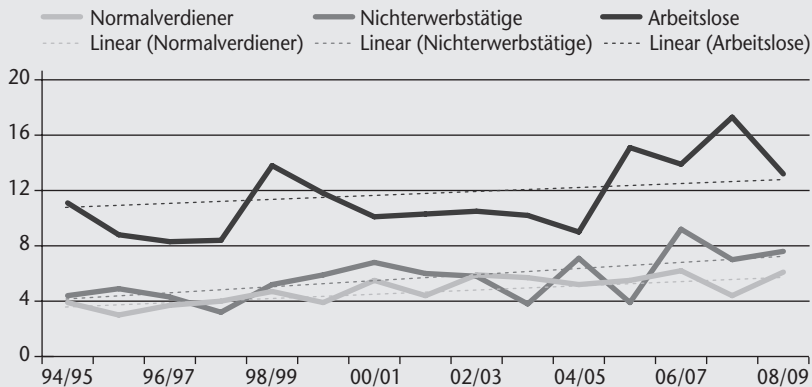
Den Verlauf der Übergänge im Berichtszeitraum dokumentiert Abbildung 12, allerdings aus Gründen der Übersichtlichkeit ohne Übergänge des Status „Geringverdiener“ in den Status „Geringverdiener“. Deren Anteil reicht von knapp 50 Prozent (2001/2002) bis gut 57 Prozent (1996/1997). Mit Blick auf die vorliegenden Daten ist festzustellen, dass der Anteil der Arbeitslosen, die in den Niedriglohnsektor gewechselt sind, nicht nur im Zeitablauf zugenommen hat, sondern im Vergleich der Wachstumsraten auch den stärksten Anstieg aufweist. Hinzu kommt, dass auch der Anteil der Nichterwerbstätigen relativ deutlich gewachsen und damit ein immer größerer Anteil in eine Beschäftigung im Niedriglohnbereich gewechselt ist.

Zusammenfassend zeigen die Auswertungen, dass vor allem Nichterwerbstätige und Arbeitslose (sowie Sonstige Erwerbstätige) in nicht geringem Umfang in den Niedriglohnsektor eintreten. Zwar bilden Normalverdiener die anteilig größte Gruppe der Eintritte. Allerdings dürfte dies primär darauf zurückzuführen sein, dass Normalverdiener auch die größte Gruppe am Arbeitsmarkt repräsentieren. Die weiteren Ergebnisse belegen, dass nur rund

Übergänge in den Niedriglohnsektor

Abbildung 12

in Prozent



Quellen: SOEP, 2010; eigene Berechnungen

5 Prozent der Normalverdiener in eine Niedriglohnbeschäftigung wechseln – aber knapp 12 Prozent der Arbeitslosen. Werden zudem Chancenverhältnisse gegenüber anderen Gruppen betrachtet und diese um die Effekte anderer Merkmale bereinigt, sind die Eintrittschancen in den Niedriglohnsektor für Arbeitslose um 80 Prozent höher als für Normalverdiener. Insofern dokumentieren diese Ergebnisse gemeinsam mit den im Zeitverlauf besonders ansteigenden Übergangsraten von Arbeitslosen, dass Arbeitslose letztlich durch die erhöhten Chancen einer Beschäftigung im Niedriglohnsektor profitieren, indem sie ihnen einen Weg in den (ersten) Arbeitsmarkt aufzeigen.

4.1.3 Armutsinzidenz

Auf eine Analyse der Entlohnung bei Eintritt in den Niedriglohnsektor wird verzichtet, da das Ergebnis wenig aussagekräftig wäre. Entweder wäre eine geringere Entlohnung durch den Wechsel vom Status eines Normalverdieners in den Status eines Geringverdieners die Folge oder ein Vergleich ist nicht möglich, wenn ehemals Nichterwerbstätige oder Arbeitslose in den Status eines Geringverdieners wechseln. Daher wird im Folgenden die Einkommenssituation der Personen näher betrachtet, die in den Niedriglohnsektor eingetreten sind. Hier ist vor allem eine Analyse der Armutsinzidenz von Interesse, um zu zeigen, ob nach dem Eintritt in den Niedriglohnsektor die Armut dieser Personen zu- oder abgenommen hat.

Zunächst soll die Frage beantwortet werden, in welchem Ausmaß Frauen oder Männer nach einem Eintritt in den Niedriglohnsektor stärker von Armut bedroht sind. Da der Anteil von Frauen im Niedriglohnsektor grundsätzlich (im Querschnitt) höher ausfällt als der Anteil von Männern, wird daraus häufig zu Unrecht abgeleitet, dass diese Frauen auch häufiger von Armut bedroht seien. Diese Schlussfolgerung ist bereits deshalb unzulässig, da sich die Definition des Status eines Geringverdieners am Bruttolohn einer Person orientiert, die Definition von Armut jedoch das Nettoäquivalenzeinkommen eines Haushalts als Grundlage verwendet.¹¹ Insbesondere richtet sich die Beurteilung der Armutsgefährdung neben der Einkommenssituation auch nach der personellen Struktur eines Haushalts. Die Armutsgefährdung einer Person wird daher nicht allein durch einen Eintritt in den Niedriglohnsektor beeinflusst, sondern ist möglicherweise auch auf andere strukturelle Ursachen zurückzuführen. Beispiele dafür sind die Geburt oder der Wegzug eines Kindes, eine Änderung der Entlohnung des Partners oder die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit eines im Haushalt lebenden Kindes.

Armutsgefährdungsquote bei Eintritt in den Niedriglohnsektor Tabelle 7

1994 bis 2009, in Prozent

	Männer	Frauen
Vor Eintritt in den Niedriglohnsektor	19,5	16,1
Nach Eintritt in den Niedriglohnsektor	13,6	12,6

Quellen: SOEP, 2010; eigene Berechnungen

An dieser Stelle wird nun zunächst anhand der Gruppe der in den Niedriglohnsektor eingetretenen Männer und Frauen überprüft, inwiefern schwerpunktmäßig Frauen oder Männer durch einen Ein-

tritt in den Niedriglohnsektor von Armut bedroht sind. Wie Tabelle 7 entnommen werden kann, sinkt die Armutsgefährdungsquote von Männern stärker als die von Frauen. So fällt ihr Anteil um rund 6 Prozentpunkte, der von Frauen um 3,5 Prozentpunkte. Vor und nach Eintritt in den Niedriglohnsektor weisen jedoch Männer eine höhere Armutsgefährdung auf als Frauen. Anzumerken ist, dass nicht auszuschließen ist, dass auch andere strukturelle Änderungen dieses Ergebnis beeinflusst haben könnten, die jedoch im Einzelnen aufgrund geringer Fallzahlen nicht repräsentativ untersucht werden können.

Tabelle 8 zeigt allgemein, wie sich die Beurteilung der Armutssituation nach einem Eintritt in den Niedriglohnsektor geändert hat. Mit Blick auf die Daten ist festzustellen, dass nach einem Eintritt in den Niedriglohnsektor im Wesentlichen keine Verschlechterung hinsichtlich der Armutsgefährdung zu beobachten ist. Im Detail sind zuvor nicht armutsgefährdete Personen zu knapp 94 Prozent auch nach Eintritt in den Niedriglohnsektor als nicht armutsgefährdet anzu-

Armutsituation vor und nach Eintritt in den Niedriglohnsektor

Tabelle 8

1994 bis 2009, in Zeilenprozenten

		Nach Eintritt in den Niedriglohnsektor		Insgesamt
		Keine Armutsgefährdung	Armutsgefährdung	
Vor Eintritt in den Niedriglohnsektor	Keine Armutsgefährdung	93,6 (N = 28,6 Millionen)	6,4 (N = 2,0 Millionen)	100,0
		93,7 (NV)	6,3 (NV)	100,0
		93,2 (AL)	6,8 (AL)	100,0
	Armutsgefährdung	57,1 (N = 3,7 Millionen)	42,9 (N = 2,8 Millionen)	100,0
		53,1 (NV)	46,9 (NV)	100,0
		59,5 (AL)	40,5 (AL)	100,0

NV: Normalverdiener; AL: Arbeitslose (jeweils Lohnstatus vor Eintritt in den Niedriglohnsektor); N = Fallzahl; Armutsgefährdung: Anteil der Personen unter der Armutsgrenze (60 Prozent des Medians der Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen).
 Quellen: SOEP, 2010; eigene Berechnungen

sehen. Nur 6,4 Prozent der nicht armutsgefährdeten Personen gelten nach dem Eintritt als armutsgefährdet. Umgekehrt ist jedoch bemerkenswert, dass immerhin gut 57 Prozent der ehemals armutsgefährdeten Personen nach einem Eintritt in den Niedriglohnsektor nicht mehr armutsgefährdet sind. Besonders gelten die genannten Befunde auch für Personen, die als Normalverdiener (NV) oder Arbeitslose (AL) in den Status eines Geringverdieners gewechselt sind.

Werden die hochgerechneten Fallzahlen (N) berücksichtigt und einander gegenübergestellt, zeigen die Daten, dass nach Eintritt in den Niedriglohnsektor letztlich zwei Millionen ehemals nicht armutsgefährdete Personen als armutsgefährdet gelten können. Umgekehrt sind 3,7 Millionen zuvor armutsgefährdete Personen¹² nach dem Eintritt nicht mehr als armutsgefährdet einzustufen. Demnach hat der positive Effekt einer sinkenden Armutsbedrohung nach Eintritt in den Niedriglohnsektor im Berichtszeitraum dominiert. Anzumerken ist auch hier, dass dieses Ergebnis nicht allein auf den Eintritt in den Niedriglohnsektor reduziert werden kann, sondern möglicherweise auch auf andere strukturelle Ursachen zurückzuführen sein kann. Besonders ist darauf hinzuweisen, dass die Fallzahlen nicht als Anzahl an Personen interpretiert werden können, da Personen möglicherweise auch mehrfach in den Niedriglohnsektor eingetreten sind.

4.1.4 Zufriedenheit

Anhand verschiedener Zufriedenheitsmaße im SOEP wird nun untersucht, wie sich die Zufriedenheit nach Eintritt in den Niedriglohnsektor verändert

hat.¹³ Es bietet sich beispielsweise die Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen an, um Informationen über die Beurteilung von gegebenenfalls realisierten Einkommensänderungen nach Eintritt in den Niedriglohnbereich ableiten zu können. Daneben könnte die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard von Interesse sein, um eine Einschätzung zur materiellen Gesamtsituation zu erhalten. Außerdem kann auch die allgemeine Lebenszufriedenheit betrachtet werden, da zu vermuten ist, dass mit Einkommensänderungen des Haushalts auch die Lebenszufriedenheit variiert (Ferrer-i-Carbonell, 2005; Frey/Stutzer, 2003).

Der Eintritt in den Niedriglohnbereich muss aber nicht kausal eine Änderung des untersuchten Zufriedenheitsmaßes bedeuten. So können zeitgleich auch andere strukturelle Änderungen die Zufriedenheitsbewertungen beeinflussen. Hinzu kommt, dass bei Eintritt in den Niedriglohnbereich ein stärkerer Effekt hinsichtlich der Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen und ein vergleichsweise schwächerer Effekt hinsichtlich der allgemeinen Lebenszufriedenheit zu vermuten ist, da besonders die Lebenszufriedenheit auch von einer Reihe weiterer Einflussfaktoren abhängt, zum Beispiel von der eigenen Gesundheit, dem Familienstand und dem Alter.

Um die Bewertungen für die verschiedenen Zufriedenheitskategorien zu analysieren und gleichzeitig den Lohnstatus einer Person zu berücksichtigen, werden die Zufriedenheitsdifferenzen ermittelt und im Zeitverlauf dargestellt (Abbildung 13). Die Skala reicht für alle Zufriedenheitskategorien von 0 (sehr niedrig) bis 10 (sehr hoch). Die Differenzen ergeben sich durch den Vergleich der Werte nach Eintritt und vor Eintritt in den Niedriglohnbereich. Auf der Ordinate wird jeweils der Wert

$\Delta \text{Zufriedenheit}_{i, (t-1; t)} = \text{Zufriedenheit}_{i, t} - \text{Zufriedenheit}_{i, t-1}$
 abgetragen, mit i = Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen, Zufriedenheit mit dem Lebensstandard oder allgemeine Lebenszufriedenheit, t = Jahr mit Status als Geringverdiener und $t - 1$ = Vorjahr ohne Status als Geringverdiener.

Für alle drei Zufriedenheitskategorien ergibt sich ein ähnliches Bild, das jedoch im Detail einige Unterschiede aufweist. Zunächst ist festzustellen, dass ein Eintritt in den Niedriglohnbereich offenbar mit einem positiven Effekt für Arbeitslose verbunden ist. Vor allem die Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen steigt nach einem Eintritt deutlich an (im Durchschnitt um 0,89 Punkte pro Jahr). Die beiden anderen Kategorien weisen ebenfalls positive Durchschnittswerte auf (0,55 Punkte beziehungsweise 0,65 Punkte). Ein deutlicher Trend ist im Berichtszeitraum für keine Zufriedenheitskate-

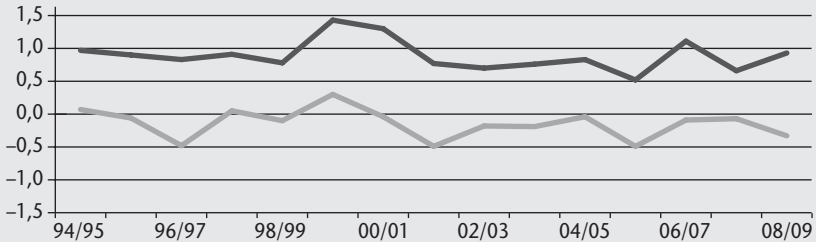
Zufriedenheitsdifferenzen bei Eintritt in den Niedriglohnsektor

Abbildung 13

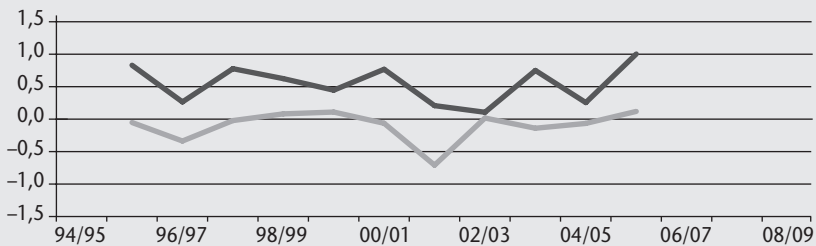
in Punkten

— Normalverdiener — Arbeitslose

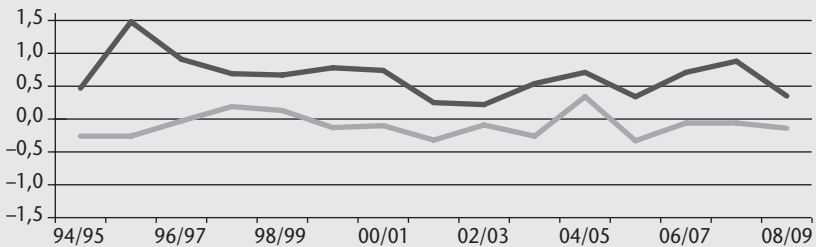
a) Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen



b) Zufriedenheit mit dem Lebensstandard



c) Allgemeine Lebenszufriedenheit



Zufriedenheit auf einer Skala von 0 (sehr niedrig) bis 10 (sehr hoch);
 Differenz = Zufriedenheit nach Eintritt – Zufriedenheit vor Eintritt.
 Quellen: SOEP, 2010; eigene Berechnungen

gorie erkennbar. Für eintretende Normalverdiener ist ein leicht negativer Durchschnittswert in allen Kategorien zu beobachten (-0,14 Punkte, -0,1 Punkte beziehungsweise -0,09 Punkte).

Werden die Zufriedenheitsdifferenzen unabhängig von ihrem zeitlichen Verlauf betrachtet, sind Angaben für alle Statusarten möglich (Tabelle 9).

Zufriedenheitsdifferenzen bei Eintritt in den Niedriglohnsektor

Tabelle 9

1994 bis 2009, in Punkten

Vor Eintritt in den Niedriglohnsektor	Zufriedenheit mit dem		Allgemeine Lebenszufriedenheit
	Haushaltseinkommen	Lebensstandard	
Normalverdiener	-0,15	-0,08	-0,09
Sonstige Erwerbstätige	0,26	0,13	0,08
Schüler/Studenten etc.	0,29	-0,02	-0,08
Rentner	-0,36	0,12	-0,01
Nichterwerbstätige	0,28	0,01	0,11
Arbeitslose	0,87	0,58	0,64

Zufriedenheit auf einer Skala von 0 (sehr niedrig) bis 10 (sehr hoch);

Differenz = Zufriedenheit nach Eintritt – Zufriedenheit vor Eintritt.

Quellen: SOEP, 2010; eigene Berechnungen

Demnach ist bei Nichterwerbstätigen ein positiver Effekt hinsichtlich ihrer Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen sowie – in geringerer Stärke – auch für ihre allgemeine Lebenszufriedenheit feststellbar. Dies gilt in ähnlicher Form auch für die Gruppe der Sonstigen Erwerbstätigen. Die durchschnittlichen Änderungen fallen – mit Ausnahme der Daten für die Gruppe der Arbeitslosen – relativ gering aus. Dies kann auf die zugrunde liegende Skala (0 bis 10 Punkte) zurückzuführen sein wie auch auf den Vergleich der Durchschnittswerte von jeweils zwei aufeinanderfolgenden Jahren. Denkbar ist ebenfalls, dass andere Faktoren diese Daten beeinflusst und damit teilweise oder vollständig den Effekt des Eintritts in den Niedriglohnsektor kompensiert haben.

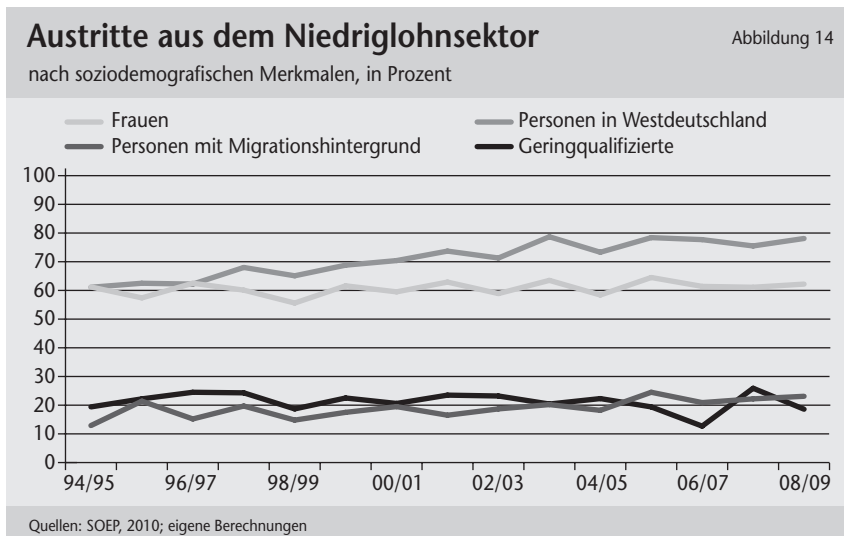
Trotz der nur eingeschränkten Kausalität deuten die Ergebnisse darauf hin, dass sich der Eintritt in den Niedriglohnsektor auf die Zufriedenheitsbeurteilungen ausgewirkt hat: Für Arbeitslose dürfte sich nach einem Eintritt in den Niedriglohnsektor nicht nur die Einkommensposition ihres Haushalts und damit das zugehörige Zufriedenheitsmaß verbessern, sondern auch die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard und die allgemeine Lebenszufriedenheit. Offensichtlich wird der Einstieg in eine Beschäftigung deutlich besser bewertet als ein Verbleib im Status eines Arbeitslosen. Für die Gruppe der Nichterwerbstätigen liegt eine ähnliche Schlussfolgerung nahe, auch wenn der Effekt hinsichtlich der Zufriedenheit mit dem Lebensstandard nur sehr gering ausfällt. Für Normalverdiener ist hingegen der Eintritt in den Niedriglohnsektor mit einer im Durchschnitt sinkenden Zufriedenheit verbunden, wenn auch betragsmäßig deutlich geringer als die Zunahme bei Arbeitslosen.

4.2 Austritte und Übergänge aus dem Niedriglohnsektor

4.2.1 Persönliche Charakteristika der Austritte

Wie bereits in der Analyse der Eintritte soll auch hier zunächst ein Überblick über die Struktur der Austritte präsentiert werden. Für den Berichtszeitraum von 1994 bis 2009 liegen im aufbereiteten Datensatz insgesamt 10.418 beobachtbare Austritte von Personen im erwerbsfähigen Alter vor.¹⁴ Um verallgemeinerte Aussagen treffen zu können, werden die dargestellten Ergebnisse im Folgenden mit Hochrechnungsfaktoren gewichtet und allein Personen im erwerbsfähigen Alter betrachtet. Im Übrigen werden – soweit möglich – die entsprechenden Befunde den Ergebnissen der Eintritte gegenübergestellt.

Abbildung 14 bietet einen groben Überblick über die Gruppe der Austritte. Gemeinsam mit Abbildung 11 beschreiben die Daten die Fluktuation im Niedriglohnsektor. Da letztlich von entscheidender Bedeutung ist, in welche Statusart die Austritte schwerpunktmäßig erfolgen, wird dies in Abschnitt 4.2.2 detailliert analysiert. Wie in Abbildung 14 zu erkennen ist, unterliegt der Frauenanteil an den Austritten im Zeitablauf zwar leichten Schwankungen, ohne dass allerdings ein Trend feststellbar wäre. Auf entsprechend geringerem Niveau gilt dies auch für den Anteil Geringqualifizierter. Der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund, die den Status eines Geringverdieners verlassen haben, nimmt hingegen leicht zu. Im Vergleich dazu steigt der Anteil von Personen aus Westdeutschland stärker an.



Werden quantitative Vergleiche der Austritte mit den Eintritten durchgeführt, ist festzustellen, dass hinsichtlich des Frauenanteils und des Anteils von Personen mit Migrationshintergrund im Durchschnitt kaum Veränderungen stattgefunden haben. Im Übrigen nehmen auch die relativen Änderungen des Anteils von westdeutschen Personen und der Geringqualifizierten nur ein geringes Ausmaß an. Hier sind die Anteile an Eintritten im Durchschnitt um 1,3 Prozentpunkte beziehungsweise 2 Prozentpunkte höher als die entsprechenden Anteile an den Austritten.

Das Durchschnittsalter der ausgetretenen Personen beträgt 38,8 Jahre und liegt damit rund zwei Jahre über dem Durchschnittsalter der Eintritte. Entsprechend fällt das Alter bei Männern mit 37,4 Jahren und bei Frauen mit 39,8 Jahren im Durchschnitt um 1,8 beziehungsweise 2,4 Jahre höher aus als bei den Eintritten. Valide Aussagen zur durchschnittlichen Verweildauer im Status eines Geringverdieners sind vor allem aufgrund des auf 15 Jahre begrenzten Untersuchungszeitraums schwierig, da die Erwerbsverläufe nur eingeschränkt beobachtbar sind.

4.2.2 Lohnstatus

Nach einer allgemeinen Analyse der Austritte ist besonders interessant, in welche Statusart die Gruppe der Geringverdiener schwerpunktmäßig wechselt. Der entsprechende Befund für die Gruppe der Austritte ist in Tabelle 10 dargestellt. In gut der Hälfte aller Fälle erfolgt ein Austritt in den Status eines Normalverdieners. Das heißt, gut 52 Prozent aller Austritte aus dem Niedriglohnsektor führten im Untersuchungszeitraum in ein Beschäftigungsverhältnis als Normalverdiener. Daneben weisen Austritte in Arbeitslosigkeit und

Lohnstatus der Aus- und Eintritte (1)

Tabelle 10

1994 bis 2009, in Prozent

	Lohnstatus		Veränderung, in Prozentpunkten
	nach Austritt ¹	vor Eintritt ²	
Normalverdiener	52,4	42,6	9,8
Sonstige Erwerbstätige	14,7	20,0	-5,3
Schüler/Studenten etc.	4,1	7,1	-3,1
Rentner	2,6	1,4	1,2
Nichterwerbstätige	8,8	10,7	-1,9
Arbeitslose	17,5	18,2	-0,7
Insgesamt	100,0	100,0	

Rundungsdifferenzen. ¹ Im Jahr nach Austritt aus dem Niedriglohnsektor. ² Im Jahr vor Eintritt in den Niedriglohnsektor.
Quellen: SOEP, 2010; eigene Berechnungen

Lohnstatus der Aus- und Eintritte (2)

Tabelle 11

1994 bis 2009, hochgerechnete Fallzahlen, in Millionen

	Lohnstatus		Differenz
	der Austritte ¹	der Eintritte ²	
Normalverdiener	20,0	17,0	3,0
Sonstige Erwerbstätige	5,6	8,0	-2,4
Schüler/Studenten etc.	1,6	2,8	-1,2
Rentner	1,0	0,5	0,5
Nichterwerbstätige	3,4	4,3	-0,9
Arbeitslose	6,7	7,3	-0,6
Insgesamt	38,3	39,9	-1,6

¹ Im Jahr nach Austritt aus dem Niedriglohnssektor. ² Im Jahr vor Eintritt in den Niedriglohnssektor. Abweichungen zur hochgerechneten Gesamtzahl an Austritten beziehungsweise Eintritten sind durch Rundungsdifferenzen zu erklären.

Quellen: SOEP, 2010; eigene Berechnungen

in den Status der Sonstigen Erwerbstätigen Anteile von knapp 18 Prozent beziehungsweise fast 15 Prozent auf.

Vergleicht man diese Daten mit der Struktur der Eintritte (vgl. auch Abschnitt 4.1.2), ist festzustellen, dass der Anteil der Austritte in den Status eines Normalverdieners um 9,8 Prozentpunkte höher ausfällt als der Anteil der Eintritte aus einer Beschäftigung als Normalverdiener. Im Übrigen sind die Anteile der in den Status von Nichterwerbstätigen und Arbeitslosen ausgetretenen Geringverdiener leicht niedriger als der entsprechende Anteil unter den Eintritten. Die hochgerechneten Fallzahlen zu diesen Daten finden sich in Tabelle 11.

Tabelle 12 gibt einen Überblick über die soziodemografische Struktur der Austritte in Abhängigkeit vom Lohnstatus. Eine tiefergehende Analyse ist aufgrund der zu geringen Fallzahlen nicht möglich. Bei allen Personen, die in eine Phase der Nichterwerbstätigkeit wechseln, sind deutliche Abweichungen vom Durchschnitt aller Austritte zu finden. Somit gibt es eine Parallele zu den entsprechenden Befunden an der Eintrittsschwelle. Offenbar ist diese Gruppe durch einen überdurchschnittlich hohen Anteil Frauen und westdeutscher Personen gekennzeichnet. Daneben liegt der Anteil an Migranten und Geringqualifizierten ebenfalls geringfügig über dem Durchschnitt aller Austritte.

Um die Befunde abzusichern, sollen auch hier logistische Regressionen herangezogen werden, welche die Chancen eines Austritts aus dem Niedriglohnssektor beschreiben. Dabei wird an der Austrittsschwelle zwischen dem Status des Normalverdieners, der Nichterwerbstätigkeit und der Arbeits-

Lohnstatus nach Austritt aus dem Niedriglohnsektor Tabelle 12

1994 bis 2009, in Prozent

Merkmal	Normalverdiener ¹	Nichterwerbstätige ¹	Arbeitslose ¹	Alle Austritte
Frauen	60,1	90,4	51,6	60,8
Personen in Westdeutschland	75,3	85,4	47,3	71,6
Personen mit Migrationshintergrund	19,0	25,3	18,8	19,2
Geringqualifizierte	17,5	32,2	24,2	22,4

¹ Im Jahr nach Austritt aus dem Niedriglohnsektor.
Quellen: SOEP, 2010; eigene Berechnungen

losigkeit unterschieden.¹⁵ Der Vorteil einer solchen Betrachtung liegt darin, die möglichen Ursachen eines Austritts quantitativ zu analysieren und gleichzeitig die übrigen Einflussfaktoren in ihrem Effekt auf die Austrittsentscheidung ausschließen zu können. In Tabelle 13 wird in den Spalten 1, 2 und 3 jeweils die Austrittschance in den Status eines Normalverdieners, eines Nichterwerbstitigen und eines Arbeitslosen modelliert.

In Spalte 1 ist zu erkennen, dass das Geschlecht keinen statistisch signifikanten Effekt auf die Austrittschance in den Status eines Normalverdieners hat. Das heißt, Frauen und Männer haben – statistisch betrachtet – keine unterschiedliche Aufstiegschance, wenn gleichzeitig andere Ursachen wie Migrationshintergrund, Region, Alter etc. berücksichtigt werden. Hingegen fällt auf, dass in Westdeutschland eine gegenüber Ostdeutschland um 74 Prozent höhere Chance besteht, aus dem Niedriglohnsektor in ein Beschäftigungsverhältnis als Normalverdiener zu wechseln. Im Übrigen wirken sich eine längere Arbeitsmarkterfahrung in Vollzeitjobs positiv und längere Phasen von Arbeitslosigkeit negativ auf die Chancen aus, als Normalverdiener beschäftigt zu werden. Besonders stark macht sich der Bildungsabschluss bemerkbar: Je höher er ausfällt, desto größer ist die Chance gegenüber Geringqualifizierten, im Anschluss eine Normalverdienerbeschäftigung zu erlangen. Bei Universitätsabsolventen beträgt diese Chance rund das 2,4-Fache eines Geringqualifizierten.

Spalte 2 zeigt die Ergebnisse für einen Austritt in den Status eines Nichterwerbstitigen. Auffällig ist, dass Frauen gegenüber Männern eine gut fünf-fach erhöhte Chance aufweisen, in eine Phase der Nichterwerbstitigkeit zu wechseln. Im Übrigen ist diese Chance auch für westdeutsche Personen höher als für ostdeutsche und für Ältere höher als für Jüngere. Eine umso längere Arbeitsmarkterfahrung in Vollzeit- oder Teilzeittätigkeiten wirkt sich hin-

Determinanten des Austritts aus dem Niedriglohnsektor

Tabelle 13

1994 bis 2009, logistische Regressionen

	(1) Normalverdiener ¹		(2) Nicht erwerbstätig ¹			(3) Arbeitslos ¹		
	Odds Ratio	Standardfehler	Odds Ratio	Standardfehler	Odds Ratio	Standardfehler		
Geschlecht (Frau)	0,87	0,060	5,24	**	0,949	0,92	0,082	
Migrationshintergrund (ja)	1,06	0,095	1,05		0,145	1,46	**	
Region (Westdeutschland)	1,74	**	0,126	1,53	**	0,208	0,27	**
Alter: 15 bis unter 30 Jahre	Referenz		Referenz			Referenz		
Alter: 30 bis unter 50 Jahre	1,15	0,111	1,24		0,183	0,88	0,114	
Alter: 50 bis unter 64 Jahre	0,57	**	0,088	2,59	**	0,558	1,01	0,214
Arbeitsmarkterfahrung: Vollzeit	1,07	**	0,005	0,95	**	0,008	1,01	0,007
Arbeitsmarkterfahrung: Teilzeit	1,01		0,008	0,95	**	0,012	0,97	*
Arbeitsmarkterfahrung: arbeitslos	0,85	**	0,019	0,99		0,031	1,24	**
Bildungsabschluss: ohne Abschluss	Referenz		Referenz			Referenz		
Berufsausbildung ²	1,91	**	0,155	0,75	*	0,100	0,68	**
Fachschule, Meister	2,13	**	0,296	0,58		0,162	0,60	**
Fachhochschule	2,21	**	0,437	0,43	*	0,171	0,61	0,182
Universität	2,39	**	0,357	0,63		0,171	0,43	**
Haushaltstypen	ja		ja			ja		
Jahresdummies	ja		ja			ja		
Log Likelihood	-2,30e+08		-0,92e+07			-1,42e+07		
Pseudo-R ²	0,0475		0,1240			0,1234		
Beobachtungen	9.598		9.598			9.598		

¹ Im Jahr nach Austritt aus dem Niedriglohnsektor. ² Einschließlich Berufsfachschulausbildung und Beamtenausbildung.

** = signifikant auf dem 1-Prozent-Niveau; * = signifikant auf dem 5-Prozent-Niveau.

Quellen: SOEP, 2010; eigene Berechnungen

gegen negativ auf die Austrittschance in eine Phase der Nichterwerbstätigkeit aus. Die Ergebnisse hinsichtlich des Bildungsabschlusses lassen keine eindeutige Aussage zu.

Vor dem Hintergrund dieser Befunde ist zu vermuten, dass die in Westdeutschland noch weitgehend lückenhafte Betreuungsinfrastruktur für Kinder unter drei Jahren eine Ursache für den hohen Anteil an Frauen sein kann, die im Anschluss an eine Tätigkeit im Niedriglohnbereich in Nichterwerbstätigkeitsphasen wechseln. Allerdings ist bei dieser Interpretation auch zu berücksichtigen, dass die Entscheidung, in eine Phase der Nichterwerbs-

tätigkeit auszutreten, teilweise auch freiwillig sein kann, zum Beispiel wenn eine Erwerbspause aus anderen persönlichen Gründen in Anspruch genommen wird. Hinzu kommt, dass zum Teil auch Arbeitslose den Nichterwerbstätigen (als stille Reserve) zuzuordnen sind, wenn sie zwar Arbeit suchen, sich aber beispielsweise nicht als Arbeitslose registrieren lassen, weil sie keine Leistungsansprüche haben.

In Spalte 3 werden die empirischen Ergebnisse für einen Austritt in Arbeitslosigkeit aufgeführt. Zu erkennen ist, dass sich Frauen und Männer demnach nicht statistisch signifikant hinsichtlich ihrer Chance unterscheiden, nach einer Niedriglohnbeschäftigung arbeitslos zu werden. Dagegen haben Personen aus Westdeutschland gegenüber Personen aus Ostdeutschland eine deutlich niedrigere Chance und Personen mit Migrationshintergrund gegenüber Personen ohne Migrationshintergrund eine höhere Chance für einen Austritt in Arbeitslosigkeit. Hinzu kommt, dass eine längere akkumulierte Dauer von Arbeitslosigkeitsphasen die Chance eines Austritts in Arbeitslosigkeit erhöht – es existiert offenbar ein sogenannter Klebeeffekt. Je höher der Bildungsabschluss einer Person ist, desto geringer fällt die Austrittschance in eine Phase der Arbeitslosigkeit aus. Insofern belegen die Ergebnisse, dass sich eine höhere Bildung in zwei Richtungen positiv auswirkt: Einerseits verbessern sich die Chancen auf eine Beschäftigung als Normalverdiener im Anschluss an eine Tätigkeit im Niedriglohnsektor. Andererseits senkt eine umso höhere Bildung das Risiko der Arbeitslosigkeit im Anschluss an eine Beschäftigung als Geringverdiener.

Um das Bild an der Austrittsschwelle zu vervollständigen, sollen hier – wie auch bei der Analyse der Eintritte – die Übergänge betrachtet werden. Dazu wird eine Matrix verwendet, die sämtliche Übergänge zwischen jeweils zwei Jahren im Untersuchungszeitraum beinhaltet (Tabelle 14). Spalte 1 zeigt die Übergänge in den Niedriglohnsektor und Zeile 1 die Übergänge aus dem Status eines Geringverdieners. Wie zu erkennen ist, sind im Betrachtungszeitraum gut die Hälfte der Geringverdiener auch im Folgejahr noch im Niedriglohnsektor beschäftigt. Dagegen wechseln rund 24 Prozent in den Status eines Normalverdieners. Für gut 12 Prozent erfolgt im Anschluss an die Niedriglohnbeschäftigung ein Übergang in eine Phase der Nichterwerbstätigkeit oder Arbeitslosigkeit. Mosthaf (2011) errechnet in seiner Studie einen Anteil von rund 64 Prozent für Geringverdiener, die auch im Folgejahr Geringverdiener bleiben, und einen Anteil von knapp 14 Prozent beziehungsweise 22 Prozent für Übergänge in den Status eines Normalverdieners beziehungsweise in eine Phase der Nichtbeschäftigung.¹⁶

Übergänge nach Lohnstatus

Tabelle 14

1994 bis 2009, in Zeilenprozenten

Übergänge	Geringverdiener	Normalverdiener	Sonstige Erwerbstätige	Schüler/ Studenten etc.	Rentner	Nicht-erwerbstätige	Arbeitslose	Insgesamt
Geringverdiener	53,8	24,1	6,8	1,9	1,3	4,1	8,0	100,0
Normalverdiener	4,8	86,1	3,0	0,4	1,2	1,7	2,8	100,0
Sonstige Erwerbstätige	8,8	15,5	64,2	3,0	0,9	2,5	5,2	100,0
Schüler/ Studenten etc.	6,8	6,8	17,7	61,0	k. A.	3,4	4,0	< 100,0
Rentner	0,9	0,8	0,6	k. A.	95,3	1,1	1,1	< 100,0
Nichterwerbstätige	5,6	7,2	3,3	1,3	2,4	74,5	5,8	100,0
Arbeitslose	11,5	11,8	6,5	1,8	7,9	6,9	53,7	100,0
Insgesamt	11,0	46,2	11,6	4,4	9,0	9,8	8,1	100,0

Rundungsdifferenzen; k. A.: keine Angabe, da zu kleine Fallzahlen.

Lesbeispiel: Durchschnittlich 24,1 Prozent der Geringverdiener eines Jahres sind im Folgejahr in den Status eines Normalverdieners gewechselt.

Quellen: SOEP, 2010; eigene Berechnungen

Zusammenfassend ergibt die Analyse, dass im Untersuchungszeitraum die Anzahl, aber auch der Anteil der Austritte in ein Beschäftigungsverhältnis als Normalverdiener jeweils größer war als die der Eintritte. Das umgekehrte Ergebnis ist für Arbeitslose nachweisbar. Anzumerken ist, dass hier keine Aussagen über die Verweildauer in einer Tätigkeit als Geringverdiener oder der anschließenden Verweildauer als Normalverdiener oder als Arbeitsloser getroffen werden. Die weiteren Resultate der empirischen Analyse zeigen, dass vor allem die Qualität des Bildungsabschlusses deutlich positiv auf die Chance einer anschließenden Beschäftigung als Normalverdiener wirkt. Außerdem sind offenbar die Chancen in Westdeutschland besonders günstig, nicht zuletzt weil dort das durchschnittliche Lohnniveau höher ausfällt als in Ostdeutschland. Dieser Befund gilt mit umgekehrten Vorzeichen für die Risiken einer im Anschluss drohenden Phase der Arbeitslosigkeit. Abschließend zeigen die Übergänge die Dimensionen der Mobilität aus dem Niedriglohnsektor heraus und ergänzen die eingangs dokumentierten Ergebnisse für die Austritte.

4.2.3 Armutsinzidenz

Im Folgenden wird die Armutsinzidenz an der Austrittsschwelle empirisch analysiert. Dazu reicht es nicht, allein die Gesamtzahl der Austritte zu be-

trachten. Vielmehr ist auch hier der Lohnstatus zu berücksichtigen, um herauszuarbeiten, inwiefern ein Austritt in eine Tätigkeit als Normalverdiener, in eine Phase der Nichterwerbstätigkeit oder der Arbeitslosigkeit mit einer höheren oder niedrigeren Armutsgefährdung einhergeht. In diesem Zusammenhang darf der Hinweis nicht fehlen, dass mit einem Statuswechsel nicht zwangsläufig auch eine Änderung der Armutsgefährdung kausal einhergehen muss. Da sich die Beurteilung der Armutsgefährdung neben der Einkommenssituation auch nach der personellen Struktur eines Haushalts richtet, können möglicherweise auch andere strukturelle Ursachen die Armutsinzidenz beeinflusst haben. Hier sind beispielhaft die Geburt oder der Wegzug eines Kindes, die Änderung der Entlohnung des Partners, ein Wechsel des Familienstands oder die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit eines im Haushalt lebenden Kindes zu nennen (vgl. Abschnitt 4.1.3).

Armutsgefährdungsquote bei Austritt aus dem Niedriglohnsektor

Tabelle 15

1994 bis 2009, in Prozent

Lohnstatus ¹	Vor Austritt	Nach Austritt
Normalverdiener	8,3	5,4
Sonstige Erwerbstätige	13,6	16,6
Nichterwerbstätige	11,6	18,7
Arbeitslose	20,5	39,3

¹ Nach Austritt aus dem Niedriglohnsektor; Austritte in den Status „Schüler/Studenten etc.“ und in den Status „Rentner“ wegen zu geringer Fallzahlen nicht ausgewiesen.

Armutsgefährdungsquote: Anteil der Personen unter der Armutsgrenze (60 Prozent des Medians der Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen).

Quellen: SOEP, 2010; eigene Berechnungen

Zunächst werden in Tabelle 15 die Armutsgefährdungsquoten in Abhängigkeit des Lohnstatus vor und nach Austritt aus dem Niedriglohnsektor untersucht. Austritte aus dem Niedriglohnsektor in den Status eines Normalverdieners gehen demnach im Betrachtungszeitraum mit einer Reduzierung der Armutsgefährdungsquote von 8,3 Prozent auf 5,4 Prozent einher. Daneben sind Austritte in an-

dere Statusarten teilweise mit einem erheblichen Anstieg der Armutsgefährdungsquoten verbunden. Auch wenn eine Kausalität – streng genommen – nicht unterstellt werden kann, zeichnet sich durch den Verlust einer Beschäftigung im Niedriglohnsektor ein erhebliches Armutsrisiko für die Betroffenen ab. Vor allem für im Anschluss Arbeitslose scheint sich das Armutsrisiko nahezu zu verdoppeln.

Im Detail zeigt eine Übergangsmatrix, wie sich die Armutsinzidenz vor und nach Austritt aus dem Niedriglohnsektor darstellt (Tabelle 16). Für den überwiegenden Anteil der Personen, die vor ihrem Austritt nicht armutsgefährdet waren, droht auch nach dem Austritt keine Armutsgefahr. Daneben bleibt gut die Hälfte der zuvor armutsgefährdeten Personen im Anschluss

Armutssituation vor und nach Austritt aus dem Niedriglohnsektor

Tabelle 16

1994 bis 2009, in Prozent

		Nach Austritt aus dem Niedriglohnsektor		Insgesamt
		Keine Armutsgefährdung	Armutsgefährdung	
Vor Austritt aus dem Niedriglohnsektor	Keine Armutsgefährdung	90,1 N = 27,9 Millionen	9,9 N = 3,1 Millionen	100,0
		97,0 (NV)	3,0 (NV)	100,0
		70,2 (AL)	29,8 (AL)	100,0
	Armutsgefährdung	45,8 N = 1,9 Millionen	54,3 N = 2,2 Millionen	100,0
		69,0 (NV)	31,1 (NV)	100,0
		26,4 (AL)	73,6 (AL)	100,0

Rundungsdifferenzen; NV: Normalverdiener; AL: Arbeitsloser (jeweils Lohnstatus nach Austritt aus dem Niedriglohnsektor); N = Fallzahl; Armutsgefährdung: Anteil der Personen unter der Armutsgrenze (60 Prozent des Medians der Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen).

Quellen: SOEP, 2010; eigene Berechnungen

noch von Armut bedroht. Der Vergleich von Statusänderungen ergibt, dass die Zahl der Austritte aus einem nicht armutsgefährdeten Zustand in einen Zustand der Armutsgefährdung um rund 1,2 Millionen Fälle höher ist als die Zahl der Austritte aus einem armutsgefährdeten in einen nicht armutsgefährdeten Zustand. Um die Ursachen dieses Befunds zu untersuchen, werden die entsprechenden Daten für Normalverdiener (NV) und Arbeitslose (AL) vergleichend betrachtet.¹⁷ Danach zeigt sich der zu vermutende Befund: Durch einen Austritt in eine Beschäftigung als Normalverdiener ergibt sich für gerade einmal 3 Prozent der zuvor nicht armutsgefährdeten Personen (rund 0,5 Millionen Austritte) eine Armutsgefährdung. Hingegen verlassen sieben von zehn Personen (rund 1 Million Austritte) den Bereich der Armutsgefährdung nach einem Austritt in eine Beschäftigung als Normalverdiener. Bei im Anschluss Arbeitslosen fällt das Urteil anders aus: In rund drei von zehn Fällen (rund 1,5 Millionen Austritte) entsteht nach einem Austritt eine Armutsgefährdung für ehemals nicht armutsgefährdete Personen. Umgekehrt droht für gut 26 Prozent der Austritte (rund 0,3 Millionen) nach einem Austritt keine Armutsgefährdung, die zuvor bestand. Also fällt das Armutsrisiko deutlich zulasten von im Anschluss arbeitslosen Personen aus, während für Normalverdiener die Armutsgefährdung – per saldo – sinkt.

Damit dokumentieren die Daten den schon vermuteten engen Zusammenhang zwischen einer Erwerbstätigkeit und der Armutssituation. Vor allem lassen sich an den Zahlen die Armutsrisiken eines Austritts in Arbeitslosigkeit

deutlich ablesen. Umgekehrt belegen die Daten, dass ein Austritt in eine Beschäftigung als Normalverdiener im Durchschnitt mit einer gesunkenen Armutsinzidenz einhergeht. Allerdings soll auch an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass die Fallzahlen nicht als Anzahl an Personen interpretiert werden können, da Personen möglicherweise auch mehrfach aus dem Niedriglohnsektor ausgetreten sind.

4.2.4 Zufriedenheit

Im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen stehen verschiedene Zufriedenheitsindikatoren, von denen zu erwarten ist, dass sie die entsprechenden Effekte beim Austritt aus dem Niedriglohnsektor widerspiegeln. Dabei sei auch hier erwähnt, dass beobachtete Änderungen in den untersuchten Zufriedenheitsmaßen nicht ausschließlich auf den Austritt aus dem Niedriglohnsektor zurückzuführen sein müssen. Insbesondere können zeitgleich auch andere strukturelle Änderungen die Zufriedenheitsbewertungen beeinflusst haben (vgl. dazu Abschnitt 4.1.4).

Es werden wiederum die Indikatoren (a) Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen, (b) Zufriedenheit mit dem Lebensstandard und (c) allgemeine Lebenszufriedenheit betrachtet. Für alle Zufriedenheitskategorien reicht die Skala von 0 (sehr niedrig) bis 10 (sehr hoch). Das Ergebnis einer vergleichenden Analyse der Situation nach und vor Austritt aus dem Niedriglohnsektor ist in Abhängigkeit des Lohnstatus in Abbildung 15 zu finden. Dazu werden die Zufriedenheitsdifferenzen ermittelt und im Zeitverlauf dargestellt. Sie ergeben sich durch den Vergleich der Werte nach Austritt und der Werte vor Austritt aus dem Niedriglohnsektor. Auf der Ordinate wird jeweils der Wert

$\Delta \text{Zufriedenheit}_{i, (t, t+1)} = \text{Zufriedenheit}_{i, t+1} - \text{Zufriedenheit}_{i, t}$
abgetragen, mit i = Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen, Zufriedenheit mit dem Lebensstandard oder allgemeine Lebenszufriedenheit, t = Jahr mit Status als Geringverdiener und $t + 1$ = Folgejahr ohne Status als Geringverdiener.

Wie in Abbildung 15 dargestellt, nimmt im Durchschnitt die Zufriedenheit in allen drei Zufriedenheitskategorien zu, wenn der Niedriglohnsektor durch einen Austritt in den Status eines Normalverdieners verlassen wird. Allerdings schwächt sich der Effekt – wie zu erwarten ist – von der Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen bis hin zur allgemeinen Lebenszufriedenheit ab. Ein Trend ist in den Zeitreihen nicht feststellbar. Für im Anschluss Arbeitslose fällt das Urteil deutlich negativ aus. In allen Zufriedenheitskategorien

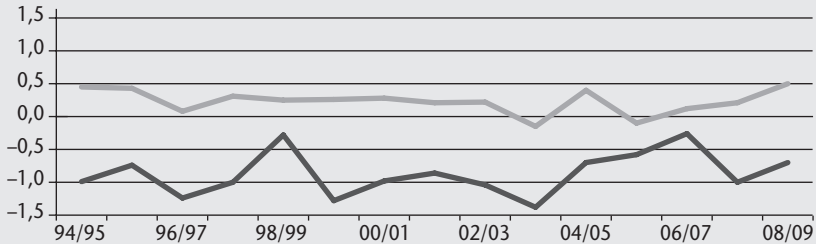
Zufriedenheitsdifferenzen bei Austritt aus dem Niedriglohnsektor

Abbildung 15

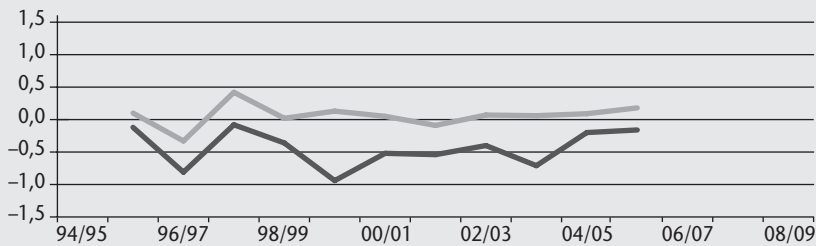
in Punkten

— Normalverdiener — Arbeitslose

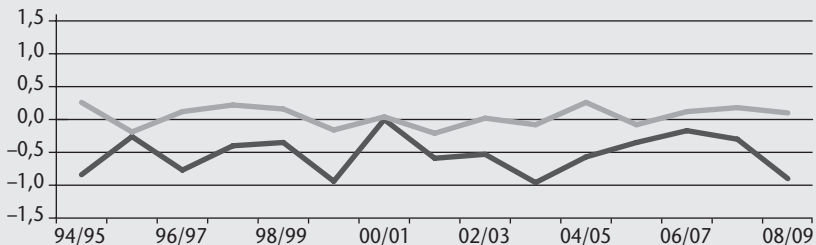
a) Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen



b) Zufriedenheit mit dem Lebensstandard



c) Allgemeine Lebenszufriedenheit



Zufriedenheit auf einer Skala von 0 (sehr niedrig) bis 10 (sehr hoch);
 Differenz = Zufriedenheit nach Austritt – Zufriedenheit vor Austritt.
 Quellen: SOEP, 2010; eigene Berechnungen

sind im Durchschnitt im Jahr nach dem Austritt schlechtere Beurteilungen nachweisbar. Bei der Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen sind betragsmäßig die größten Zufriedenheitseinbußen zu beobachten.

Um auch hier Aussagen zu allen Austrittsarten nach Lohnstatus treffen zu können, werden die Daten gepoolt ausgewertet (Tabelle 17). Mit Ausnahme

Zufriedenheitsdifferenzen bei Austritt aus dem Niedriglohnsektor

Tabelle 17

1994 bis 2004, in Punkten

Nach Austritt aus dem Niedriglohnsektor	Zufriedenheit mit dem		Allgemeine Lebenszufriedenheit
	Haushaltseinkommen	Lebensstandard	
Normalverdiener	0,23	0,07	0,04
Sonstige Erwerbstätige	-0,01	-0,07	0,04
Schüler/Studenten etc.	-0,23	-0,20	0,21
Rentner	0,21	0,16	0,04
Nichterwerbstätige	-0,15	-0,15	-0,14
Arbeitslose	-0,86	-0,44	-0,53

Zufriedenheit auf einer Skala von 0 (sehr niedrig) bis 10 (sehr hoch);
Differenz = Zufriedenheit nach Austritt – Zufriedenheit vor Austritt.
Quellen: SOEP, 2010; eigene Berechnungen

der im Anschluss als Normalverdiener tätigen Personen und der Rentner sind für alle übrigen Gruppen deutliche Abschläge bei den Zufriedenheitsmaßen zu erkennen. Interessant ist, dass bei Austritten in eine Phase der Nichterwerbstätigkeit in allen Zufriedenheitskategorien negative Werte zu beobachten sind. Da bei Austritten in diese Statusart nicht selten eine freiwillige Entscheidung vermutet wird und insofern von positiven Effekten für die Zufriedenheit auszugehen wäre, kann diese Annahme mit Blick auf die vorliegenden Daten zumindest angezweifelt werden.

Trotz der fehlenden direkten Kausalität zeigen die Ergebnisse (wie analog dazu bereits an der Eintrittsschwelle beobachtet wurde), dass der Effekt eines Austritts aus dem Niedriglohnsektor offenbar auch für verschiedene Zufriedenheitsmaße nachweisbar ist und vom Lohnstatus im Jahr nach Austritt aus dem Niedriglohnsektor abhängen dürfte. Im Detail sind die intuitiv zu vermutenden Befunde belegbar: Ein Austritt in den Status eines Normalverdieners geht danach mit einer erhöhten Zufriedenheit einher. Ein Austritt in den Status eines Arbeitslosen ist umgekehrt mit einer niedrigeren Zufriedenheit verbunden, die zudem betragsmäßig deutlich stärker ausfällt. Bemerkenswert erscheint, dass mit Blick auf die Daten von im Anschluss Nichterwerbstätigen ein Austritt eher mit Zufriedenheitseinbußen verbunden ist und insofern im Durchschnitt eher ein unfreiwilliger Austritt in diese Statusart wahrscheinlich ist. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass die hier dokumentierten Effekte auch das Ergebnis anderer struktureller Ursachen sein können, welche die Effekte eines Austritts aus dem Niedriglohnsektor überlagern.

Der Anteil des Niedriglohnssektors an der gesamten Beschäftigung in Deutschland hat sich im Zeitraum von 1997 bis 2007 sichtbar erhöht. Daraus ergibt sich die Frage, wie dieser Anstieg zu interpretieren ist. Handelt es sich, wie ein Teil der Literatur argumentiert, um das Resultat verteilungs-, sozial- und arbeitsmarktpolitischer Fehlsteuerungen, in deren Folge ein wachsender Anteil der Arbeitnehmer – darunter auch viele qualifizierte – aus regulären Beschäftigungsverhältnissen in solche mit geringem Lohn gedrängt wurde? Oder ist der zunehmende Niedriglohnssektor eher Ergebnis eines arbeitsmarktpolitischen Erfolgs, nämlich der gelungenen Integration Geringqualifizierter in den Arbeitsmarkt?

Ein Indiz dafür, dass eher das zweite Erklärungsmuster zutrifft, zeigt sich, wenn statt der Struktur der Beschäftigung die Struktur der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter hinsichtlich ihres Lohnstatus betrachtet wird. Auch dabei ist das Wachstum des Niedriglohnssektors erkennbar. Dies korrespondiert aber nicht mit einem Rückgang des Anteils von Beschäftigten mit höheren Löhnen. Rückläufig ist vielmehr der Anteil der Nichterwerbstätigen und der Personen in vorgezogenem Ruhestand. Es gibt in Deutschland bedeutend mehr Arbeitsplätze pro Einwohner im Erwerbsalter als früher. Die Niedriglohnbeschäftigten, die in den vergangenen Jahren hinzugekommen sind, waren per saldo früher nicht erwerbstätig und konnten daher in einer Statistik der Lohnverteilung auch gar nicht auftauchen. Das Segment der Beschäftigung zu Löhnen oberhalb der Niedriglohnschwelle bildet hingegen einen stabilen, wenn nicht sogar leicht größer werdenden Kern von knapp der Hälfte der Personen im Erwerbsalter.

Ein Argument, mit dem versucht wird, der These zu begegnen, dass eine zunehmend gelungene Integration Geringqualifizierter in den Arbeitsmarkt zur Ausweitung der Niedriglohnbeschäftigung geführt habe, stützt sich auf die Betrachtung der Qualifikation: Der überwiegende Anteil der Niedriglohnbeschäftigten habe mindestens eine abgeschlossene Berufsausbildung, sei also nicht als geringqualifiziert einzustufen. Tatsächlich verfügen über 80 Prozent der Niedriglohnbeschäftigten mindestens über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Viele von diesen Beschäftigten arbeiten jedoch in Tätigkeiten, in denen kein Berufsabschluss erforderlich ist. Die Entlohnung orientiert sich nicht an dem, was ein Arbeitnehmer grundsätzlich an Fertigkeiten

vorhält, sondern an den Fertigkeiten, die er zur Ausübung seiner Tätigkeit braucht. Wird das zur Berufsausübung erforderliche Qualifikationsniveau betrachtet, sind es nur noch gut die Hälfte der Arbeitnehmer, die eine qualifizierte Tätigkeit ausüben. Darüber hinaus muss berücksichtigt werden, dass viele formal qualifizierte Beschäftigte nicht im erlernten Beruf tätig sind. Im Ergebnis ist nur ein Drittel der Niedriglohnbeschäftigten im erlernten Beruf qualifiziert beschäftigt.

Viele Analysen des Niedriglohnsektors problematisieren den Befund des steigenden Umfangs, indem implizit vorausgesetzt wird, dass Niedriglohnbeschäftigte grundsätzlich sozialen Problemlagen ausgesetzt sind. Tatsächlich trifft dies nur für einen Teil der Niedriglohnbeschäftigten zu. Lediglich 16 Prozent der Niedriglohnbeschäftigten hatten im Jahr 2009 ein Einkommen, das unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle lag. Vollzeitbeschäftigte kommen auch mit sehr geringen Löhnen auf ein verfügbares Einkommen deutlich über der Schwelle der Armutsgefährdung. Dafür sorgt das System der Einkommensergänzung mit Erwerbsfreibeträgen in der sozialen Grundversicherung für Erwerbsfähige. In bestimmten Konstellationen reicht sogar allein das Erwerbseinkommen aus einer Niedriglohnbeschäftigung, um die Armutsgefährdungsschwelle zu überschreiten. Hinzu kommt, dass das Erwerbseinkommen eines Haushaltsmitglieds gegebenenfalls nur eine Komponente des gesamten Haushaltseinkommens ist. Es wird zum Beispiel durch Erwerbseinkommen von Partnern oder durch Transfereinkommen ergänzt. Im Ergebnis ist nicht einmal jeder sechste Niedriglohnempfänger arm. 84 Prozent von ihnen reichte im Jahr 2009 entweder das eigene Erwerbseinkommen oder sie verfügten über weitere Einkommensquellen im Haushalt, die ihr Einkommen über die Armutsgefährdungsschwelle hinweg anhoben.

Viele Fragen, die im Zusammenhang mit dem Niedriglohnsektor diskutiert werden, beschäftigen sich mit der Herkunft und dem Verbleib der ein- und austretenden Personen. Bietet der Niedriglohnsektor etwa eine Eintrittschance in den (ersten) Arbeitsmarkt für zuvor Arbeitslose oder Nichterwerbstätige? Gelingt es im Anschluss, in eine Beschäftigung mit höheren Löhnen zu wechseln?

Damit ist die Ein- und Austrittsschwelle des Niedriglohnsektors angesprochen. Es zeigt sich, dass gut die Hälfte aller Geringverdiener eines Jahres auch im Folgejahr noch im Niedriglohnsektor tätig ist. Unabhängig von dieser Gruppe wurden alle Statuswechsel in den Niedriglohnsektor hinein und aus dem Niedriglohnsektor heraus durch Ein- und Austritte beschrieben, die den Kern der vorliegenden Mobilitätsanalyse bilden. Dabei ergibt sich,

dass sich die soziodemografische Struktur der Ein- und Austritte im Untersuchungszeitraum 1994 bis 2009 wenig unterschieden hat. Beispielsweise beträgt der Frauenanteil an allen Eintritten wie auch an allen Austritten rund 60 Prozent; analog dazu liegt der Anteil von Geringqualifizierten jeweils bei gut 20 Prozent.

Wird die Gesamtzahl der Eintritte und Austritte verglichen, waren im Berichtszeitraum rund 1,6 Millionen mehr Eintritte zu verzeichnen. Da Personen jedoch auch mehrfach in den Niedriglohnsektor ein- und aus diesem austreten können, sind die Daten nicht als Anzahl an Personen, sondern als Fallzahlen zu verstehen. Im Detail zeigt sich, dass zwar anteilig die meisten Eintritte den Normalverdienern zuzuordnen sind, aber auch der größte Anteil der Austritte auf eine Beschäftigung als Normalverdiener entfällt. Immerhin gut die Hälfte aller Austritte im Berichtszeitraum verlässt den Niedriglohnsektor und wechselt in eine normal entlohnte Beschäftigung. Zudem übersteigt die Zahl der Austritte in diese Statusart per saldo die Zahl der Eintritte aus dieser Statusart im Berichtszeitraum um drei Millionen.

Daneben ist besonders an der Eintrittsschwelle bemerkenswert, dass Nichterwerbstätige und Arbeitslose in nicht geringem Umfang in den Niedriglohnsektor eingetreten sind. Gemessen an allen Eintritten beträgt ihr Anteil rund 11 Prozent beziehungsweise rund 18 Prozent. Anhand einer empirischen Analyse konnte zudem gezeigt werden, dass die Chancen für einen Eintritt in den Niedriglohnsektor für Arbeitslose im Vergleich zu Normalverdienern deutlich höher ausfallen und gleichzeitig für Geringqualifizierte höher sind als für Akademiker.

Hinzu kommt, dass oft von einer Armutsgefahr ausgegangen wird, wenn über einen Eintritt in den Niedriglohnsektor diskutiert wird. Dies ist nach den vorliegenden Ergebnissen jedoch nur für eine kleine Anzahl der ehemals nicht armutsgefährdeten Eintritte der Fall. Vielmehr liegt bei einer größeren Anzahl von ehemals armutsgefährdeten Personen nach Eintritt in den Niedriglohnsektor keine Armutsgefährdung mehr vor. Diese Anzahl übersteigt die der im Anschluss armutsgefährdeten Personen, die zuvor nicht armutsgefährdet gewesen sind – per saldo – um rund 1,2 Millionen im Untersuchungszeitraum. Eine Analyse von verschiedenen Zufriedenheitsindikatoren zeigt, dass den durchschnittlich größeren Zufriedenheitsgewinnen von Arbeitslosen beim Eintritt in den Niedriglohnsektor deutlich geringere Zufriedenheitseinbußen von Normalverdienern gegenüberstehen.

An der Austrittsschwelle belegen die empirischen Analysen die große Bedeutung der formalen Qualifikation. So kann nachgewiesen werden, dass

mit einem höheren Bildungsabschluss die Chancen auf einen Austritt in eine normal entlohnte Beschäftigung steigen und die Risiken für einen Austritt in Arbeitslosigkeit sinken. Frauen wechseln zudem deutlich häufiger als Männer im Anschluss in eine Phase der Nichterwerbstätigkeit. Diese Aussage gilt auch im Rahmen einer Analyse der Austrittschancen nach Bereinigung um andere Faktoren.

Die weiteren Ergebnisse zeigen, dass die Armutsrisiken bei Austritt aus dem Niedriglohnsektor offenbar maßgeblich vom im Anschluss realisierten Lohnstatus einer Person abhängen. Die Zufriedenheitsgewinne von Normalverdienern liegen betragsmäßig allerdings deutlich unter den Zufriedenheitsverlusten von Arbeitslosen. Insofern dürfte mit Blick auf die Zufriedenheitsindikatoren eine Vermeidung von Arbeitslosigkeit das primäre Ziel sein. Allerdings scheinen – mit Ausnahme der Gruppe der Rentner – Zufriedenheitsgewinne letztlich nur durch einen Aufstieg in eine Tätigkeit als Normalverdiener möglich zu sein.

Anmerkungen

¹ Soweit nicht anders vermerkt, beziehen sich die folgenden Auswertungen auf die neueste verfügbare SOEP-Befragungswelle aus dem Jahr 2009.

² Die unternehmensnahen Dienstleistungen sind ein Sammelbecken verschiedener Dienstleister: Wirtschafts- und Rechtsberatung, Forschung und Entwicklung sowie Datenverarbeitungsdienstleister, aber auch Gebäudereinigung und Arbeitnehmerüberlassung.

³ Fraglich ist allerdings, inwieweit die befragten Zeitarbeitnehmer den Wirtschaftszweig ihres Beschäftigungsverhältnisses korrekt als „Arbeitnehmerüberlassung“ angaben oder inwieweit sie stattdessen den Wirtschaftszweig des aktuellen Kundenunternehmens nannten.

⁴ Einige Bundesländer mussten aufgrund niedriger Fallzahlen zusammengefasst werden.

⁵ Anwendung findet hier die sogenannte neue OECD-Skala. Demnach erhält der Haushaltsvorstand ein Gewicht von 1, weitere Erwachsene im Haushalt ein Gewicht von 0,5 und Kinder ein Gewicht von 0,3. Die Summe der Gewichte ergibt das Äquivalenzgewicht eines Haushalts. Das individuelle Nettoäquivalenzeinkommen errechnet sich aus der Division des Haushaltsnettoeinkommens durch das Äquivalenzgewicht.

⁶ Als Normalverdiener werden im Folgenden alle Personen mit einem Bruttostundenlohn von mehr als zwei Dritteln des mittleren Bruttostundenlohns (Median) definiert.

⁷ Damit wird definiert, dass das Basis-/Referenzjahr jeweils das Jahr bezeichnet, das unmittelbar vor einer Erwerbstätigkeit im Niedriglohnsektor (Eintritte) liegt beziehungsweise das unmittelbar nach einer Erwerbstätigkeit im Niedriglohnsektor (Austritte) folgt.

⁸ Hochgerechnet würde dies etwa 40 Millionen Eintritten entsprechen. In dieser Gruppe sind keine Geringverdiener vertreten, die auch im Folgejahr der Gruppe der Geringverdiener zuzuordnen waren. Vgl. die Definition der Eintritte und Austritte zu Beginn von Kapitel 4.

⁹ Der tatsächliche Bildungsstand ist von der für eine bestimmte Tätigkeit erforderlichen Qualifikation zu unterscheiden.

¹⁰ Im Rahmen dieser Betrachtung wird von Übergängen gesprochen, da nicht allein ein Wechsel in die Statusart „Geringverdiener“, sondern auch andere Übergänge berücksichtigt werden, die nicht notwendigerweise einen Statuswechsel voraussetzen. Ein Beispiel ist der Übergang vom Status eines Geringverdieners in den Status eines Geringverdieners innerhalb einer Zwei-Jahres-Periode.

¹¹ Als arm gilt eine Person, deren äquivalenzgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens (Median) beträgt.

¹² Der Begriff einer Person steht hier stellvertretend für eine Beobachtungseinheit, da Personen auch mehrmals in den Status eines Geringverdieners wechseln können.

¹³ Das Maß der Einkommenszufriedenheit wird nicht betrachtet, da Daten erst ab dem Jahr 2004 verfügbar und für eine Untersuchung im Längsschnitt wenig geeignet sind.

¹⁴ Hochgerechnet würde dies etwa 38,1 Millionen Austritten entsprechen. In dieser Gruppe sind keine Geringverdiener vertreten, die auch im Folgejahr der Gruppe der Geringverdiener zuzuordnen waren. Vgl. die Definition der Eintritte und Austritte zu Beginn von Kapitel 4.

¹⁵ Vgl. zur Methodik logistischer Regressionen Übersicht 1 in Abschnitt 4.1.2.

¹⁶ Der Status der Nichtbeschäftigung umfasst bei Mosthaf (2011, 9) unter anderem Nichterwerbstätige, nicht sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Zivildienstleistende und Selbstständige.

¹⁷ Wegen zu geringer Fallzahlen bei anderen Gruppen werden hier allein Normalverdiener und Arbeitslose einbezogen.

Literatur

Anger, Christina / **Schmidt**, Jörg, 2008, Gender Wage Gap und Familienpolitik, in: IW-Trends, 35. Jg., Nr. 2, S. 55–68

BA – Bundesagentur für Arbeit, 2011, Arbeitslosigkeit nach Rechtskreisen im Vergleich, Analytikreport der Statistik April, Nürnberg

Bosch, Gerhard / **Kalina**, Thorsten, 2007, Niedriglöhne in Deutschland. Zahlen, Fakten, Ursachen, in: Bosch, Gerhard / Weinkopf, Claudia (Hrsg.), Arbeiten für wenig Geld, Frankfurt am Main, S. 20–105

Bosch, Gerhard / **Weinkopf**, Claudia, 2007, Arbeiten für wenig Geld. Zusammenfassung und politischer Handlungsbedarf, in: Bosch, Gerhard / Weinkopf, Claudia (Hrsg.), Arbeiten für wenig Geld, Frankfurt am Main, S. 286–312

Eichhorst, Werner / **Gartner**, Hermann / **Krug**, Gerhard / **Rhein**, Thomas / **Wiedemann**, Eberhard, 2005, Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland und im internationalen Vergleich, in: Allmendinger, Jutta / Eichhorst, Werner / Walwei, Ulrich (Hrsg.), IAB Handbuch Arbeitsmarkt, Nürnberg, S. 107–142

Ferrer-i-Carbonell, Ada, 2005, Income and Well-Being: An Empirical Analysis of the Comparison Income Effect, in: Journal of Public Economics, Vol. 89, No. 5-6, S. 997–1019

Frey, Bruno S. / **Stutzer**, Alois, 2003, Testing Theories of Happiness, Working Paper, No. 147, Institute for Empirical Research in Economics, University of Zurich, Zürich

Kalina, Thorsten / **Weinkopf**, Claudia, 2008, Konzentriert sich die steigende Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland auf atypisch Beschäftigte?, in: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung, 41. Jg., Nr. 4, S. 447–469

Kalina, Thorsten / **Weinkopf**, Claudia, 2010, Niedriglohnbeschäftigung 2008: Stagnation auf hohem Niveau. Lohnspektrum franst nach unten aus, IAQ-Report, Nr. 2010-06, Essen

Lesch, Hagen / **Schäfer**, Holger / **Schmidt**, Jörg, 2011, Arbeitszufriedenheit in Deutschland. Messkonzepte und empirische Befunde, IW-Analysen, Nr. 70, Köln

Long, J. Scott / **Freese**, Jeremy, 2006, Regression Models for Categorical Dependent Variables Using Stata, College Station (Texas)

Mosthaf, Alexander, 2011, Low-wage jobs – stepping stones or just bad signals?, IAB Discussion Paper, No. 11/2011, Nürnberg

OECD – Organisation for Economic Co-Operation and Development, 2003, Employment Outlook 2003, Paris

OECD, 2009, Employment Outlook 2009, Paris

Rässler, Susanne / **Riphahn**, Regina T., 2006, Survey item nonresponse and its treatment, in: Allgemeines Statistisches Archiv, 90. Jg., Nr. 1, S. 217–232

Schäfer, Holger, 2008, Die soziale Grundsicherung in Deutschland, IW-Positionen, Nr. 37, Köln

Schäfer, Holger, 2010, Sprungbrett oder Sackgasse? Entwicklung und Strukturen von flexiblen Erwerbsformen in Deutschland, in: *IW-Trends*, 37. Jg., Nr. 1, S. 47–63

Schäfer, Holger / **Schmidt**, Jörg, 2009, Strukturen und Determinanten der Einkommensmobilität in Deutschland, in: Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.), *Agenda 20D. Wege zu mehr Wachstum und Verteilungseffizienz*, Köln, S. 131–168

Schmidt, Jörg, 2008, Relative Deprivation, Arbeitszufriedenheit und Betriebswechsel. Eine Analyse auf Basis von Linked Employer-Employee Daten, *Schriften zur empirischen Wirtschaftsforschung*, Bd. 11, Frankfurt am Main

SOEP – Sozio-oekonomisches Panel, 2010, Daten der Jahre 1984–2009, Version 26, Berlin

Statistisches Bundesamt, 2010, Mikrozensus. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit, Fachserie 1, Reihe 4.1.1, verschiedene Jahrgänge, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2011, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 1.2, 4. Vierteljahr 2010, Wiesbaden

Wagner, Gert G. / **Frick**, Joachim R. / **Schupp**, Jürgen, 2007, The German Socio-Economic Panel Study (SOEP). Scope, Evolution and Enhancements, in: *Schmollers Jahrbuch*, 127. Jg., Nr. 1, S. 139–169

Wooldridge, Jeffrey M., 2009, *Introductory Econometrics. A Modern Approach*, Mason (Ohio)

Kurzdarstellung

Der Niedriglohnsektor in Deutschland hat sich in den letzten Jahren ausgedehnt. Das Wachstum ging aber nicht auf Kosten der normal entlohnten Beschäftigung. Vielmehr sank der Anteil der inaktiven Bevölkerung. Im Niedriglohnsektor konnten neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Viele dieser Arbeitsplätze stehen Geringqualifizierten zur Verfügung. Oft ist Niedriglohnbeschäftigung nur eine von mehreren Einkommensquellen im Haushalt. Dementsprechend gibt es zwischen Niedriglohn und Armut nur eine geringe Schnittmenge. Das alles überragende Armutsrisiko besteht nicht in Niedriglohnbeschäftigung, sondern in Arbeitslosigkeit. Eine Längsschnittbetrachtung zeigt, dass es Wege aus der Niedriglohnbeschäftigung heraus gibt: Durchschnittlich rund einem Viertel der Niedriglohnbezieher gelang binnen eines Jahres der Aufstieg in eine höher entlohnte Beschäftigung, während das durchschnittliche Risiko eines Normalverdieners, in den Niedriglohnsektor zu wechseln, nur bei knapp 5 Prozent lag.

Abstract

In recent years, the share of low-wage employment in Germany has increased. This growth, however, has not affected the majority of high-wage jobs. Instead, the share of the inactive population has decreased and new jobs have been created in the low-wage sector. These jobs are predominantly accessible for low-skilled workers who otherwise could have no employment opportunities. Low-wage employment is often only a secondary source of household income and, therefore, the correlation with poverty is weak. The risk of poverty is largest for unemployed persons. A longitudinal analysis shows that there are opportunities to enter high-wage jobs after a low-wage period: On average, approximately one quarter of low-wage workers have moved up into high-wage jobs each year but only 5 per cent of high-wage employees subsequently enter a low-wage job.

Die Autoren

Dipl.-Ökonom **Holger Schäfer**, geboren 1969 in Bremen; Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Bremen; seit 2000 im Hauptstadtbüro Berlin des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Senior Economist im Arbeitsbereich „Arbeitsmarktökonomik“.

Dr. rer. pol. **Jörg Schmidt**, geboren 1975 in Kassel; Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Göttingen; Promotion an der Universität Münster; seit 2007 im Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Economist im Arbeitsbereich „Arbeitsmarktökonomik“; seit 2008 im Hauptstadtbüro Berlin des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln.